Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2/ Nr. 2 März 1977

Der Status der sogenannten Republik Südafrika

Die revolutionäre Bewegung von heute und der Trotzkismus

Vorbereitung und Charakter des II. Weltkrieges - Einschätzung und Kampf der Kommunistischen Internationale

KB

Kommunistischer Bund Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt

Zum Preis des 'Kommunist'

Nach dem Beschluß des Zentralkomitees, ab Anfang 1977 das theoretische Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs monatlich herauszugeben, ergab eine Durchrechnung seiner Herstellungskosten, daß sie bei 20,- pro Stück, also beim bisherigen Preis nicht abgedeckt werden konnten. Bei der Neufestsetzung des Preises hat das ZK diese Tatsache berücksichtigt, als auch, daß der Preis nicht der angestrebten größeren Verbreitung des 'Kommunist' im Wege stehen darf. Somit kostet der 'Kommunist' ab dieser Nummer 25,- S, gleichzeitig haben wir die Auflage auf 1.000 Stück angehoben, die im Zuge der Umgestaltung des theoretischen Organs und durch seinen verstärkten Einsatz in der Massenarbeit, durch erhöhte Anstrengungen der ganzen Organisation sicher verkauft werden können.

Allen Freunden und Sympathisanten des Kommunistischen Bundes empfehlen wir darüber hinaus, sich den regelmäßigen Bezug des theoretischen Organs durch ein Abonnement zu sichern, das je nach Wunsch entweder direkt zugesandt oder regelmäßig über die Zellen zugestellt wird. Die Kosten betragen für ein Jahresabonnement (12 Nummern) 300,- S plus 18,- S Versandgebühr. Einzahlungen bitte mit Erhalt der ersten Nummer auf das Postscheckkonto 22419204, Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb.

Die Redaktion, 15.3.1977

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12. Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H.; Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlg. 12. Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1070

Der Status der sogenannten Republik Südafrika

Erklärung des Panafrikanischen Kongresses (Pan Africanist Congress von Azania) von der 25. Sitzung des Ministerrates als offizielles Dokument der OAU angenommen

Der internationale Status des südafrikanischen Rassistenregimes wird von beiden Befreiungsbewegungen Azanias, die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) anerkannt werden, angegriffen und abgelehnt.

Für die OAU ist jetzt die Zeit gekommen, ihre Meinung zum internationalen Status des südafrikanischen Apartheidregimes eindeutig kundzutun. Und man darf nicht vergessen, daß die OAU, wie auch die UNO-Vollversammlung (mit den Resolutionen der 28. und 29. Sitzung) die nationale Befreiungsbewegung von Azania als die legitime Vertretung des Volkes von Südafrika anerkennt.

Als die PAC diese Frage während der 15. Sitzung des Befreiungskomitees der OAU in Rabat aufwarf, wurde ihm geraten, ein Memorandum auszuarbeiten und vorzulegen, das seinen Standpunkt in der Ablehnung des internationalen Status des Apartheid-Südafrikas umreißt; dies hat es nun getan.

In seiner Rede vor uns auf dieser Sitzung unterstützte der Vertreter des African National Congress ANC, der anderen Befreiungsbewegung Azanias, grundsätzlich die Stellungsnahme des PAC und sagte uns, daß auch sie den internationalen Status des Südafrikanischen Apartheid-Regimes ablehnen.

Es ist deshalb klar, daß die Mehrheitsbevölkerung Azanias, die- darin stimmen wir überein- von ihrer Befreiungsbewegung vertreten wird, den Status Südafrikas als unabhängigen und souveränen Staat ablehnt. Alle wissen von den Erfahrungen des Volkes von Azania, unter der kolonialen Aggression-Erfahrungen, die denen des übrigen Afrika nicht unähnlich sind. In unserem Memorandum bezeichnet der PAC die Vorgänge von 1910, als Großbritannien einseitig die koloniale Staatsmacht einer weißen Minderheit übergab, als bloßen Übergang von einem kolonialen System in ein anderes. Die Bestrebungen und die unveräußerlichen Rechte der schwarzen Mehrheit wurden offentsichtlich mit Füßen getreten.

...Die Entkolonialisierungsbewegung kann nicht vor den Toren des rassistischen Südafrika plötzlich aufhören, wo doch das unterdrückte Volk von Azania immer ein Teil der kolonial unterdrückten Völker war, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpften.

(Das ist eine Kurtzfassung der Einleitung zum MEMORANDUM ÜBER DEN RECHTLICHEN UND INTERNATIONALEN STATUS DES RASSISTISCHEN SÜDAFRIKA, das von der PAC-Delegation auf der vorbereitenden Sitzung dem Gipfel des Ministerrates der OAU in Kampala im Juli 1975 vorgelegt wurde.)

Stellungnahme des PAC gegen den rechtlichen internationalen Status des rassistischen Südafrika als unabhängiger und souveräner Staat

Einleitung:

Das politische Gebilde, das wir heute als Südafrika kennen, entstand am 31. Mai 1910, als der 'Südafrica Act' des britischen Parlaments von 1909 die 472.539 Quadratmeilen Land 14 Grad unterhalb des Äquators (zwischen dem 14. und dem 22. südlichen Breitengrad) und 16 Grad östlich von Greenwich (zwischen dem 17. und 33. Längengrad) zur Südafrikanischen Union erklärte und die Verantwortung für seine Verwaltung in die Hände der weißen Koalitionsregierung der früheren Kolonialverwaltungen der Kapprovinz, Natals, Transvaals und des Oranjefreistaates legte. Jeder der vier weißen Bestandteile hatte zu einem andern Zeitpunkt in seiner kolonialen Geschichte Regierungsverantwortung erhalten: die Kapprovinz 1872, Natal 1893, Transvaal 1904 und der Oranjefreistaat 1907.

Der Kampf des afrikanischen Volkes von Azania begann nicht zu jenem Zeitpunkt und wurde auch nicht hauptsächlich im Widerstand gegen jene Entwicklung selbst geführt. Ab jenem Zeitpunkt änderte sich nur die Form des Kampfes, um der Entwicklung der politischen Situation gerecht zu werden, der grundlegende Charakter des Kampfes blieb derselbe wie vorher. *Wir sind der Ansicht, daß der britische Kolonialismus mit der Gewährung der einseitigen sogenannten Unabhängigkeit an die weiße fremde Minderheit keinen Akt der Entkolonialisierung setzte, sondern das war vielmehr eine Übertragung der kolonialen Gewalt an die weiße Regierung in der Form eines Dominion-Status.*

Es war unvermeidlich, daß das mit diesem Status einhergehende Kolonialregime despotische und rassistische Züge annahm, die eine andauernde Anwendung von Waffengewalt zu seiner Erhaltung notwendig machte. Es wurde dringend notwendig, diese despotischen und rassistischen Praktiken zu institutionalisieren, um ihnen den Anschein von Ehrbarkeit und Gesetzlichkeit zu verleihen.

Der Dominion-Status des „neuen Namens für das Territorium" war in unseren Augen bloß die Weiterführung bzw. Übertragung des alten Konzepts einer rassistischen 'Regierungsverantwortung' unter andern Bedingungen und bedeutete keine wesentliche Änderung des ursprünglichen Verhältnisses. In der Praxis bedeutete dieser Status lediglich, daß die weiße Koalitionsregierung einen Anteil am britischen Großkapital bekam und mit der Regierungsgewalt einer Kolonialbehörde über eine unterworfene schwarze Bevölkerung ausgestattet war, deren gesellschaftliche Stellung durch diese 'Verfassungsänderung' keinerlei Veränderung erfuhr. Auch die Position der Weißen änderte sich nicht im Vergleich zu den Zeiten der 'Regierungsverantwortung'. Sie behielten ihre privilegierte Stellung über und gegen die unterworfene schwarze Bevölkerung, um der Tyrannei der weißen Regierung Legitimität zu verleihen sowie um sie als bewußte und gefällige Wähler der Handlanger des britischen Kolonialismus zu behalten. Es wurde die heilige Pflicht der verschiedenen weißen Regierungen, die Privilegien der Weißen zu diesem Zweck mit unerhörten Mitteln zu festigen und zu vergrößern. Der britische Premierminister Alfred Campbell-Bannermann rechtfertigte dieses Vorgehen im Unterhaus anläßlich der Debatte um jenen Gesetzesvorschlag, der später das Südafrikagesetz von 1909 werden sollte, indem er betonte, daß *„es nicht der englischen Art des Regierens entspricht, Weiße als unterworfene Völker zu behandeln."*

Die weiße Koalitionsregierung bestand aus einem Kabinett, in dem 4 Minister aus der Kapprovinz saßen, 3 von Transvaal und je 2 aus Natal und dem Oranjefreistaat. Ihre Kolonialmacht über die schwarze Bevölkerung drückte sich am deutlichsten in dem aus, was sie 'Eingeborenenpolitik' nannten: rassistische Verwaltung gegenüber den Eingeborenen, Willkür bei der Verteilung des Grundbesitzes und Despotismus gegenüber den Arbeitskräften. Die 'Eingeborenenpolitik' ist ein Grundzug des Kolonialismus und die gegenwärtige Politik der 'Bantu-Homelands' der Rassistenregierung in Südafrika ist die neueste Version.

Der folgende Text ist ursprünglich als Rede gehalten worden. Darauf sind einige kleine Ungenauigkeiten zurückzuführen, die darin enthalten sind. Die Übersetzung stammt von uns. Auch die beiden ANC-Dokumente, die in der Nummer 1/77 des „Kommunist" abgedruckt worden sind, sind von uns übersetzt worden. (Anm. d. Red.)

Es gibt keine 'Eingeborenenpolitik' in irgend einem der unabhängigen afrikanischen Staaten, die Nachfolger der Kolonialherrschaft sind und das beweist schlagend, daß diese schwarzen Regierungen keine Kolonialbehörden sind. Sie haben Innenministerien wie jeder andere souveräne Staat der Erde, aber keiner ihrer Staatsbürger ist einer rassistischen 'Eingeborenenpolitik' unterworfen. Das ist das oberste Grundprinzip der Selbstbestimmung, an Hand dessen wir die Souveränität von Völkern, Nationen und Staaten erkennen.

In diesem Licht strebt das afrikanische Volk von Azania nach einer Überprüfung, Berichtigung und neuen Definition des rechtlichen internationalen Status des rassistischen Südafrika, in Hinblick auf das nationale Recht auf Selbstbestimmung. Es erkennt nicht an, daß es ein unabhängiges Volk ist, das nur einer rassistischen Diskriminierung unterworfen ist, sondern meint, daß es grausam, mit militärischer Gewalt, seines Landes und daher seiner Rechte als Nation beraubt wurde; beraubt auch seiner Bürgerrechte, durch den despotischen Ausschluß von der freien und vollen Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten seines Landes und beraubt der elementaren Menschenrechte durch die gewaltsame Einführung von Rassenschranken in allen Bereichen der Gesellschaft in diesem Land. Diese Maßnahmen von Seiten des gegenwärtigen südafrikanischen Staatssystems treten auf jede erdenkliche Weise das nationale Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen und vergewaltigen die Unverletzlichkeit der nationalen Souveränität und der territorialen Einheit der geliebten Heimat. In bezug auf diese geheiligten nationalen Angelegenheiten kann es weder Verrat noch Kompromisse geben. Unser Volk kann nicht die Geschicke der Nation im Stich lassen und sich unter das Joch nationaler Unterdrückung beugen, was auch immer für Mächte es als Gegner hat. Seine nationale Pflicht besteht in der Herbeiführung einer historischen Lösung der nationalen Frage in diesem Land.

Der gegenwärtige Zustand

Es kursieren derzeit mehrere Interpretationen von Südafrikas politischem internationalen Status. Die erste könnte man den 'Apartheid-Standpunkt' nennen. Laut Chris Jooste in 'South African Dialogue (Mc Graw Hill, Johannesburg, p.5), hat sich die jetzige Regierung der Republik Südafrika das Ziel gesetzt *„die Unabhängigkeit derer wiederherzustellen, die ihre Freiheit an England verloren und im Jahre 1910 als unterworfene Völker unter die Herrschaft der Unionsregierung kamen."* Das gegenwärtig herrschende Regime versteht die Situation so: *„Die Unionsregierung wurde als weiße Regierung eingesetzt, um über die ehemaligen Burenrepubliken von Transvaal und des Oranjefreistaates, die ehemaligen britischen Kolonien des Kaps der Guten Hoffnung und Natal, die Bantuterritorien, die an Britisch-Südafrika angeschlossen wurden, sowie über die nicht-weißen Völker in den weißen Gebieten, vor allem Inder und Farbige in Natal und der Kapkolonie, zu herrschen."* (Jooste, ibid.)

Der zweite Standpunkt ist der der Liberalen. In einer Diskussion über das, was sie die Essenz des Rassenproblems nannten, erklärte Dr. Ellen Hellman vom südafrikanischen Institut für Rassenprobleme, daß *„Südafrika mit andern Kolonialmächten verglichen worden ist, mit dem Unterschied, daß seine Untertanen innerhalb der Grenzen des Mutterlandes leben."* Und weiter: *„Der allgemeine Kolonialapparat, wie er sich im 20. Jahrhundert entwickelt hat, ist auch in Südafrika entstanden....wo Völker europäischer Abstammung über die eingeborenen Völker herrschten, und sie nur insoweit zur weißen Gesellschaft zuließen, als es ihrem Bedarf an billigen Arbeitskräften entsprach."* Der Historiker Prof. Eric Walker gibt seinen Teil in seiner 'History of Southern Africa' (Longmans, 1969, p.538) dazu: *„Die neue Unionsregierung war mit dem tönenden, aber ungenügend definierten Status eines britischen Nachkriegsdominions ausgestattet und ging an eine Aufgabe heran, die bis dahin nur britische Hochkommissare innegehabt hatten, nämlich die gesamte Verwaltung Südafrikas."*

Auf internationaler Ebene wird Südafrika als 'unabhängiger und souveräner Staat' betrachtet. Hier ist offensichtlich der internationale Status der weißen Regierung dieses Landes gemeint. In der Menschenrechtsdeklaration heißt es kategorisch, *„alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung"*. Es ist allgemein bekannt, daß das afrikanische Volk in Südafrika unter der Herrschaft einer weißen Minderheitsregierung steht, die ihm die nationale Souveränität verwehrt und die territoriale Einheit des Landes verletzt. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ist ein Grundprinzip des Völkerrechts, das den politischen Status eingeborener Völker in dem Land ihrer Vorfahren regelt. Das afrikanische Volk genießt dieses Recht nicht und sein Kampf um die nationale Befreiung fußt auf dem unveräußerlichen Recht, es ungehindert und ungestört wahrnehmen zu können. Die Men-

schenrechtsdeklaration: 'Unvollkommene Vorbereitung in politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher oder bildungsmäßiger Hinsicht dürfen nie Vorwand für die Hinausschiebung der Unabhängigkeit sein!' Die Verwehrung dieses Rechts ist offensichtlicher Ausdruck eines Kolonialzustandes und deshalb ist für uns die Frage der Legitimität in bezug auf Südafrikas internationalen Status irrelevant, weil sie die Realität verleugnet.

Unser Bestreben, wenn wir die Frage des rechtlichen internationalen Status von Südafrika behandeln, ist es, die Mißverständnisse und Unklarheiten zu beseitigen, die damit verknüpft sind. Nur so kann die Frage korrekt gelöst werden. Wir haben bereits aus der Resolution von der 29.UNO-Vollversammlung zitiert, wo es sich um die Selbstbestimmung handelt. Dort wird auch „der legitime Kampf des unterdrückten Volkes von Südafrika für die Ausrottung der Apartheid" unterstützt. Wir wollen auf zwei weitere UNO-Resolutionen hinweisen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bekräftigt in Resolution 2787 (XXVI, 1971) *„die Legitimität des Volkskampfes um Selbstbestimmung und Befreiung von Kolonial- und Fremdherrschaft, vor allem im südlichen Afrika, und ganz besonders den Kampf der Völker von Zimbabwe, Namibia, Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) sowie des palästinensischen Volkes, mit allen Mitteln, die mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar sind."* In der Resolution 3103 (XXVIII), die von der UNO-Vollversammlung am 12.12.1973 angenommen wurde, heißt es: *„Bewaffnete Konflikte, die den Kampf von Völkern gegen Kolonial- und Fremdherrschaft und gegen rassistische Regimes zum Inhalt haben, werden als internationale Konflikte im Sinn der Genfer Konferenz von 1949 angesehen, und der für diese geltende Status der Genfer Konvention von 1949 und anderer internationaler Vereinbarungen gilt für Personen, die sich am Kampf gegen Kolonialismus, Fremdherrschaft und rassistische Regimes beteiligen."*

Die nationale Befreiungsbewegung des azanischen Volkes ist der Meinung, daß das afrikanische Volk in Azania unter der Herrschaft einer weißen Minderheitsregierung lebt, die ihm die nationale Eigenständigkeit verwehrt und die territoriale Einheit seines Landes verletzt. Das ist Kolonialismus, die 'Gleichheit der Menschen' ist eine zweitrangige Frage. Das nationale Recht auf Selbstbestimmung ist eine internationale Frage und jedenfalls ist es unteilbar und bedeutet das gleiche in Azania wie in Namibia und Zimbabwe oder sonstwo in Afrika. Das heißt, daß für das Volk von Azania die Frage der Legitimität in dieser Beziehung bedeutungslos ist, weil sie die Wirklichkeit unserer Lage ignoriert.

Die weiße Herrschaft in Afrika ist nicht nur eine Frage der Apartheid, sondern untrennbarer Bestandteil der in- und ausländischen Ausbeutung des afrikanischen Volkes, und sie wird an dem Tag zu Ende sein, an dem der Schwarze in Azania den ersten Schuß zur Selbstverteidigung abgibt. Das ist unsere feste Haltung. Dieser erste Schuß wird auf dem ganzen Kontinent Kräfte freisetzen, über die kein Aggressor die Oberhand wird behalten können; dieser Schuß wird die Geburt von Männern, Frauen und Kindern bedeuten, die unter neuen, freien Bedingungen aufwachsen, deren Schöpfer sie selbst sind. Dieser Schuß wird auch das Ende des brutalen Monopols auf bewaffnete Gewalt bedeuten, das es den weißen Minderheitsregimes ermöglicht, die Afrikaner zu unterdrücken, auszubeuten und zu bevormunden. Wir meinen, daß die Oberhäupter der Ost- und Zentralafrikanischen Staaten das im Auge hatten, als sie auf der Konferenz in Mogadishu im Jahre 1971 erklärten: *„Es gibt keinen andern Weg mehr für die Befreiung des südlichen Afrika als den bewaffneten Kampf, den wir jetzt schon unterstützen und in Zukunft noch mehr unterstützen werden...."*

Für uns in Azania ist das, und nichts anderes, die einzige Lösung unserer Probleme im rassistischen Südafrika. Das Ehrbarkeitszeugnis, das das Rassistenregime im Manifest von Lusaka als 'unabhängiger souveräner Staat' ausgestellt bekam, ist für das Volk von Azania gegenstandslos. Das Manifest von Lusaka hat einige schwerwiegende Lücken, die der Feind immerzu für die Propagierung von Entspannung, Dialog und Kompromissen ausnützt, um den Kampf unseres Volkes für die nationale und soziale Befreiung zu ersticken.

Wir sagen, daß der politische Status der gegenwärtigen 'Republik Südafrika' der eines halbkolonialen Landes im Besitz des imperialistischen Konsortiums der dort engagierten Finanzmagnaten und Handelskapitalisten ist, die gemeinsam mit der weißen Bourgeoisie (von der die Regierung [illegible] wichtiger Teil ist), 80% des privaten Eigentums in Südafrika besitzen. Die Hauptseite des Grundwiderspruchs in Azania ist daher die Kontrolle des Landes und seiner Reichtümer. Das Land besteht aus dem Grund und Boden sowie dem Volk. Der Reichtum besteht in den Bodenschätzen und der Arbeit des Volkes. Bedeutende Teile der Landoberfläche setzen sich aus Urgestein mit einer Menge kontinentaler Sedimente, die reich an Mineralien sind, zusammen. Unabsehbare Vorkommen an Bodenschätzen haben das Land - laut einem

Fremdenverkehrsprospekt - zu dem reichsten in Afrika gemacht. Die Bevölkerung zählt nach den letzten Statistiken ca. 25 Millionen, davon mindestens 21 Millionen Afrikaner. Ein Minister der Rassisten bezeichnete unlängst die 'homelands', zu denen wir 'Reservate für eingeborene Arbeiter' sagen, als einen Reichtum, den kein anderes unabhängiges afrikanisches Land hat, nämlich ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir.

In diesem kurzen Überblick haben wir den Kolonialstatus des afrikanischen Volkes in Azania bis zu seiner Wurzel zurückverfolgt, den britischen Kolonialismus, wie er von Cecil Rhodes als Premierminister der Kapkolonie im Jahre 1887 dargelegt wurde. Er erklärte dem Kolonialparlament: *„Ich werde meine Ansichten zu dieser Frage darlegen....entweder müßt ihr sie (die Afrikaner) als gleichberechtigte Bürger behandeln, oder sie als unterworfene Rasse sehen.... Ich habe mich für eine Klassengesetzgebung entschieden....wir sind ihre Herren. Das ist meine Politik und die Politik Südafrikas. Der Schwarze muß wie ein Kind behandelt werden, er bekommt kein Wahlrecht...."* So ist die politische Lage in Südafrika und sie spiegelt die ökonomische Struktur wider, den halbkolonialen Charakter des Landes und den gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Schwarz und Weiß. Die politische Macht ist das Monopol der weißen Bourgeoisie, die einerseits die großen Farmer, die Großgrundbesitzer und die Facharbeiteraristokratie vertritt und andrerseits imperialistische Interessen, an denen sie einen kleinen, aber ständig wachsenden Anteil haben.

Prof. Niddrie erklärt, daß die britische Kolonialpolitik eine Entwicklung der Industrie sichergestellt hatte, die nach 1910 anhielt und *„den Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe zum Ziel hatte. Das verhinderte viele Jahre langjedes größere Industrialisierungsprojekt."* ('South Africa: Nation or Nations? p.99, Nortrand Searchlight Books, Princeton 1968). So erklärt sich das Fernbleiben der Buren von Handel, Finanz und Industrie, als sich die Entwicklung der Industrie auf *„Gesetzgebung auf den Gebieten des Anbaus, der Konservierung, Bewässerung, Tierkrankheiten und Rodung"* beschränkte.

Während der letzten 25 Jahre hat die weiße Bourgeoisie große Anstrengungen gesetzt, um ihren wirtschaftlichen Einfluß im Land zu stärken. Aber der britische Imperialismus spielt immer noch eine dominierende Rolle in Bergbau, Handel und Industrie und kontrolliert ungefähr 97% des Bergwerkskapitals, 94% des Industriekapitals, 88% des Bankkapitals und 75% des Handelskapitals.

Diese ökonomische Macht ist konzentriert in den Händen von 7 Finanzmagnaten, die allein über tausend der größten Unternehmen kontrollieren, wobei ihre gemeinsamen Mittel 1000 Millionen £ übersteigen, während der Anteil der andern westlichen Imperialisten 1800 Millionen £ beträgt, die in mindestens 1632 Unternehmen von 13 kapitalistischen Ländern investiert sind. Australien hat 73 Unternehmen, die in Südafrika operieren, Belgien 44, Kanada 15, Frankreich 85, Italien 21, Japan 2, die Niederlande 57, Neuseeland 3, Schweden 59, die Schweiz 17, Großbritannien 630, die USA 494 und die BRD 132 (Investment in Apartheid, p.9, ICFTU, Brüssel, 1974).

Es ist unleugbar, daß alle ausländischen Unternehmen, die in Südafrika operieren, die 'Eingeborenenpolitik' der südafrikanischen Regierung sehen und sich genau an den Rahmen der Gesetze halten, die aus dieser Politik resultieren. Kurz gesagt: Sie alle profitieren von der Apartheid, oder umgekehrt: die Apartheid wird in ihrem Interesse und zu ihrem Vorteil praktiziert und angewendet.

Wir behaupten, daß die 'Eingeborenenpolitik' in ihrem Interesse als Kolonialisten angewendet wird und, wie vom britischen Kolonialismus vor ihnen, von ihnen angeregt wird. Und das deshalb, weil Südafrika ihre gemeinsame Halbkolonie ist.

Wir bezeichnen die weiße Herrschaft als südafrikanische Art des Kolonialismus. Das deshalb, weil gegenwärtig die koloniale Herrschaft über das afrikanische Volk von dem weißen Rassistenregime ausgeübt wird. Diesem wurde diese Herrschaft 1910 vom britischen Kolonialismus übergeben. Die Briten hatten die koloniale Macht während ihrer Besetzung unseres Landes ausgeübt und hatten diese selbst von der rassistischen kolonialen Herrschaft der „Dutch East India Company" („Holländisch-Ostindischen Kompagnie") übernommen, deren Besiedlung des Kaps am 6.April 1652 begann.

Wir machen hier eine Unterscheidung zwischen dem weißen Rassismus, der kein historisch notwendiger Widerspruch (vergleiche: britischer Kolonialismus in Nordirland) ist und der Unterdrückung, die ein fundamentales Kennzeichen des Kolonialismus ist.

Die erste Unionsregierung war eine Koalitionsregierung mit einem Kabinett, das aus 4 Mitgliedern vom Kap, 3 von Transvaal und je 2 von Natal und dem Oranjefreistaat bestand. In Großbritannien selbst waren die Kolonialbehörde und die Dominionbehörde mit den Angelegenheiten bezüglich Südafrika betraut.

1925 wurden diese beiden Behörden getrennt und Südafrika fiel unter den Zuständigkeitsbe-

reich der Dominionbehörde. Zur selben Zeit wurde die britische Oberhoheit anerkannt. In der Parlamentsdebatte über den neuen Staat und die Flagge (1927) trat der Innenminister, Dr.D.F.Malan, dafür ein, daß 'die Einwohner der Union auch britische Staatsbürger sein müssen, ein kleiner Kreis in einem größeren.' (Cape Times, 24.Februar 1927). Die Empire-Konferenz, die 1926 in London abgehalten wurde, hatte erklärt, daß Großbritannien und die Dominions 'gleichen Status haben (und) keineswegs einander untergeordnet sein sollen.' Die wesentlichen Bestimmungen der in der Folge verfaßten 'Balfour Deklaration' wurden in das 'Westminster Statut' von 1931 aufgenommen und gaben den gesetzlichen Rahmen für die Handlungsfreiheit jener Dominions, die sie forderten, ab.

General Hertzog, der damalige Premierminister, begrüßte, wie in den 'Cape Times' vom 28.2.1931 berichtet wird, dies als 'unumschränkte Unabhängigkeit und Erreichung der Freiheit des Landes.' Es wurde behauptet, daß diese 'verfassungsmäßige Änderung' den internationalen Status mit dem sogenannten Eingeborenenproblem verband. Bis dahin war die britische Position die gewesen, daß 'die Interessen der Schwarzen an erster Stelle stehen müssen, wo einige Weiße unter vielen Schwarzen lebten.' (in: 'Afrika und einige Weltprobleme'). Als Antwort auf die Aufforderung von General Smuts soll General Hertzog mit den Kolonialdelegierten auf der Empire-Konferenz enge Kontakte geknüpft haben, besonders mit der Delegation aus Kenya und er forderte, daß die betroffenen Regierungen sich absprechen sollten, bevor eine von ihnen eine Eingeborenenpolitik beschließt, die sich signifikant von der der Unionsregierung unterscheidet.' (Cape Times, November 1939). Das im Jahre 1934 verabschiedete Gesetz über den Status Südafrikas bezeichnete das Parlament der Südafrikanischen Union als 'souveräne gesetzgebende Körperschaft, ohne deren Zustimmung kein zukünftiges britisches Gesetz für Südafrika Geltung haben könne.'

Der britische Monarch oder seine Vertretung kann jedoch noch immer ohne, oder sogar gegen, den Vorschlag seiner Unionsminister handeln, bezüglich der Angelegenheiten, wo dies ausdrücklich festgehalten oder impliziert ist und er besitzt weiterhin das angestammte Recht, das Parlament einzuberufen, zu vertagen oder aufzulösen.'

Der Krönungseid aus dem Jahre 1937 verpflichtete den König von England 'seine Herrschaft über die Südafrikaner in Einklang mit den vom Unionsparlament beschlossenen Bestimmungen und ihren eigenen Gesetzen und Bräuchen, auszuüben.'

So war die Situation bis 1961. Damals wurde die republikanische Verfassung an Stelle der Monarchie beschlossen und Dr.Verwoerd betrieb die Loslösung Südafrikas aus dem Commonwealth. Bis dahin war das Staatsoberhaupt der britische Monarch gewesen, dessen Geschäfte an Ort und Stelle vom Generalgouverneur wahrgenommen wurden. Charles Robberts Swart war der letzte Vertreter des Königs in Südafrika und der erste republikanische Präsident.

Die Ursachen unseres Kampfes sind klar und wir haben beharrlich unsere historische Aufgabe verfolgt. Sogar unsere Feinde anerkennen das.

Der erste Krieg, der zwischen ihnen und unserem Volk geführt wurde, ist der Beweis für diese Tatsache.

Jan van Riebeeck berichtet im Jahre 1652 seinen holländischen Behörden: *„Sie - die Afrikaner - beharrten auf ihrem Standpunkt, daß wir mehr und mehr von ihrem Land in Besitz genommen hätten, von dem Land, das jahrhundertelang ihres gewesen war und auf dem sie ihr Vieh weiden ließen. Sie fragten, ob sie das gleiche tun könnten, wenn sie nach Holland kämen. Sie fügten hinzu, daß es ihnen nichts ausmachen würde, wenn wir im Fort blieben, 'aber ihr kommt ins Innere und sucht euch das beste Land aus ohne uns zu fragen.' Sie bestanden dann darauf, wieder freien Zugang zu ihrem Land zu haben. Zuerst machten wir ihnen klar, daß nicht genug Gras für ihr und unser Vieh da sei. Sie erwiderten: 'Haben wir dann keinen Grund zu verhindern, daß ihr Vieh bekommt? Denn wenn ihr viel Vieh habt, werdet ihr uns unser ganzes Weideland wegnehmen. Und zu eurer Behauptung, daß das Land nicht groß genug ist für uns beide: Wer soll denn dann gerechterweise dem andern Platz machen? Der rechtmäßige Besitzer oder der fremde Eindringling?'"*

Der ungerechte Vertrag, der am Ende dieses Krieges unterzeichnet wurde, zeigte, daß wir unseres Landes beraubt worden waren. Grenzen wurden von den Eindringlingen einseitig gezogen, wie wiederum Jan van Riebeeck berichtet: *„Sie bestanden so heftig darauf, daß sie ihr eigenes Land wieder zurückbekommen wollen, daß wir gezwungen waren zu sagen, daß sie es vollkommen verloren hätten; durch den Krieg, den sie gegen uns geführt hatten, und daß wir nicht die Absicht hätten, es ihnen wieder zurückzugeben, da es nun Eigentum unserer Gesellschaft geworden sei; durch den Krieg und die Gesetze des Krieges."*

Das war auch ihre Haltung zur Zeit des 'Großen Treck', einer Welle der Aggression und

der Enteignung, die Widerstandskämpfe unseres Volkes hervorrief, die mehr als ein Jahrhundert anhielten. In dem Manifest der Eindringlinge heißt es, daß sie uns nicht zur Last fallen, noch uns unseres Eigentums berauben wollen sogar dann noch, als sie einseitig erklärten, sich auf unserem Land ohne unsere Erlaubnis auf Dauer anzusiedeln. Sie erklärten kategorisch, daß sie Gesetze erlassen würden, *„um ein angemessenes Verhältnis zwischen Herr und Knecht aufrechtzuerhalten"*, weil *„es Gottes Gesetzen widerspricht, daß die Afrikaner auf der gleichen Stufe mit Christen stehen."*

Um dem Landraub durch die Briten und Buren zu entgegnen, hat unser Volk Widerstandskämpfer organisiert. Aus diesen Verhältnissen heraus erwuchsen Führer wie König Shaka, Moshoeshoe, Hintsa-Führer der erwachenden Nation.

Natürlich führte Shaka innere Kämpfe, mit denen er die Herrschaft eines einzelnen Stammesführers statt mehrerer - so wie es damals in dem Land üblich war - errichten wollte. Auf der andern Seite brachte König Moshoeshoe die überall verstreuten Reste der verschiedenen Stämme zusammen und verschmolz sie zu einer Nation und zur selben Zeit setzte er hervorragende diplomatische Aktivitäten im ganzen Gebiet. König Hintsa gab allen Land und Weiden, und während viele ihre eigenen Führer und Häuptlinge hatten, waren sie ihm, als der höchsten Autorität, ergeben. Im Laufe der Zeit hätte der Druck der sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu der Vereinigung dieser Völker und Territorien geführt.

Zu der Zeit, als die Vereinigung der weißen Kolonien vorgeschlagen wurde, versammelten sich die Afrikaner in Bloemfontein und vereinigten sich in der - wie sie es nannten - 'Südafrikanischen Heimat Konvention' von 1909, um gegen die Aufnahme der Bestimmungen über die Rassenschranken in die Verfassung der im Entstehen begriffenen Südafrikanischen Union zu protestieren. Sie beschlossen, an die britischen Behörden zu appellieren, damit eine Bestimmung aufgenommen werde, die garantieren würde, daß alle Menschen innerhalb der Union volle und gleiche Rechte und Privilegien haben, ohne Unterschied von Klasse, Rasse oder Glauben.

Als sich das als zwecklos herausstellte, versammelten sie sich wieder, um ihre regionalen und Stammesdifferenzen mit Hilfe des Geistes des afrikanischen Nationalismus zu überwinden.

Das ist auch die Politik, die vom Kongreß der Jugendliga im Jahre 1944 entwickelt wurde und schließlich zum Aktionsprogramm von 1949 führte, das das Prinzip der Selbstbestimmung proklamierte.

Nach mehr als zehn Jahren des passiven und gewaltlosen Kampfes hat unsere nationale Befreiungsbewegung den bewaffneten Kampf als die Hauptform des Kampfes anerkannt, weil alle Möglichkeiten der friedlichen Verhandlungen ausgeschöpft waren und mächtigere Kampfmittel für illegal erklärt worden waren.

Es gibt nichts, was darauf hindeutet, daß es eine Änderung gibt, die eine Abkehr von dieser revolutionären Position rechtfertigen würde. Alle andern Formen des Kampfes können nur von Nutzen sein, wenn sie den bewaffneten Kampf ergänzen. Das ist heute die allgemeine Tendenz in der Welt. Ohne den bewaffneten Kampf gibt es keine Hoffnung für die Erlösung unseres Volkes in Azania.

Die Ausbeutung von billiger Arbeitskraft ist ein besonderes Kennzeichen des Kapitalismus, das in den Kolonien, Halbkolonien und Neokolonien günstigere Bedingungen vorfindet: durch eine despotische administrative Herrschaft, rassistische oder kulturelle Diskriminierung und rassistische Arbeitsgesetze, die, indem sie einer Gruppe einen privilegierten Status, der andern einen untergeordneten zuweisen, die Arbeiterklasse spalten und die einzelnen Teile der Arbeiterklasse einander entfremden.

Damit wir dies in der richtigen Perspektive sehen, müssen wir uns die ökonomischen, politischen und sozialen Probleme in Südafrika genau anschauen und alle Illusionen und Mythen ausräumen, die die Ursache der politischen Situation verdecken; die gefährlichste Illusion ist das falsche und irreführende Bild der südafrikanischen Regierung und der Mythos eines 'Rassenproblems', mit dem die rassistische Diskriminierung definiert wird, die von den weißen Minderheitsregierungen gegen die afrikanischen Völker in Azania, Namibia und Zimbabwe angewandt wird. Es ist jedoch wichtig, diese Sache bis zu ihren Anfängen zurückzuverfolgen.

Als Jan Van Riebeeck und seine Leute am 6. April 1652 in Table Bay an Land gingen, waren sie nicht die ersten. In den letzten Jahrzehnten des 15.Jahrhunderts waren schon portugiesische Seeleute von den Einheimischen feindlich empfangen worden und *„hatten unter schwerer Bewachung frisches Wasser geholt und waren immer froh, wenn sie wieder an Bord waren."* (David Niddrie, South Africa, Nation or Nations, p.36).

Im Jahre 1448 jedoch überlebte die Mannschaft der 'Haarlem', die Schiffbruch erlitten hatte, bis sie ungefähr ein Jahr später gerettet

wurde.

Diese Mannschaft schlug dem 'Rat der Siebzehn' der Holländisch-Ostindischen Kompagnie vor, ein Nachschublager für vorbeifahrende Schiffe am Kap der Guten Hoffnung einzurichten, da *„Samen und Pflanzen, die sie mitgebracht hatten, gediehen und durch gute Beziehungen zu den Einheimischen frisches Fleisch leicht zu erhalten war."* Professor Niddrie gibt zu, daß die Afrikaner von Azania (wie immer er sie auch nennen mag) im gut bewässerten Land an der Südküste lebten, als portugiesische Seeleute diese Gebiete besuchten; portugiesische Archive legen von der Tatsache Zeugnis ab, daß die Afrikaner als Nomaden lebten und Getreide, wie Mais, Hirse, Sorghum und anderes Brotgetreide, anbauten. Die Männer verbrachten ihre Zeit damit, Vieh zu züchten, während die Frauen auf dem Land arbeiteten.

Wir sind nicht gekommen

In den Geschichtsfälschungen, die sowohl in unserem Land als auch im Ausland verbreitet werden, wird behauptet, daß die Afrikaner vom Norden her ins Land kamen, während die Weißen vom Süden hinauf zogen, sodaß Schwarze und Weiße ungefähr zur selben Zeit ins Land kamen.

Die Wahrheit ist, daß die Afrikaner nicht kamen; wie jeder weiß und sieht, sind sie Einheimische in diesem Land.

Die Struktur der Besiedlung beweist diese Tatsache und niemand geringerer als Prof. Niddrie steuert die relevanten Fakten dazu bei. Er sagt in seinem Buch 'Südafrika, Nation oder Nationen?' auf Seite 50, daß mehr als zwei Drittel der heutigen südafrikanischen Bevölkerung im östlichen Drittel des Landes und entlang der südlichen Küstenteile der Kapprovinz angesiedelt waren. Er sagt, daß ein Flußfurt oder eine ausreichende Wasserstelle der Hauptfaktor für das Wachsen der frühen weißen Niederlassungen war und fügt hinzu, daß *„viele Dörfer und kleine Städte eine Wasserstelle aufweisen, (und) da das östliche Drittel des Landes mit ausreichenden Frühjahrs- und Sommerregen im Vorteil war, war es unvermeidlich, daß die zwei 'einwandernden' Gruppen (eine schwarz, eine weiß), die beide die ausgezeichneten Weiden für ihr Vieh wollten, in diesem Gebiet in Konflikt kommen mußten"*, und daß *„alle Ereignisse, die diesem Zusammenstoß zwischen weißen und Bantu Nomaden folgten, die künftigen Besiedlungsstrukturen überall, vom östlichen Kap bis nach Transvaal, bestimmten."* Wir möchten hinzufügen, daß alle Zusammenstöße, die sich bis nach Natal hin ereigneten, in den Ebenen bis hinauf in die Berge von Lesotho und nordwestwärts bis an die Ufer des Zambezi, einschließlich der Zusammenstöße, die einen Teil unseres Volkes in die Kalahariwüste zurückdrängten, wo ihre Nachkommen ein isoliertes und entbehrungsreiches Leben durch die häufigen Dürre- und Trockenzeiten führten - daß alle diese Zusammenstöße darunter fallen, was wir als Widerstandskämpfe und Raubzüge bezeichnen.

Die wesentliche Frage, um die es hier ging, war die des Landes - UNSERES LANDES. Heute wir damals wiederspiegelt der Besitz des Landes die Erniedrigung der Unterdrückung und Kolonisierung.

Als Jan van Riebeeck und seine Mannschaft zum ersten Mal südafrikanischen Boden betraten, wurden sie von einer Gruppe von etwa 50 Afrikanern, die offensichtlich seit Jahren schon mit vorbeifahrenden Seeleuten Handel betrieben, herzlich willkommen geheißen. Bald handelten sie um Vieh. Erst dann erkannten die Afrikaner, daß die 'Seeleute' keine Absicht hatten, wieder zu gehen. Sie hatten schon damit begonnen, Gärten anzulegen und Getreide zu pflanzen. Der Handel wurde abrupt beendet. Die Afrikaner erkannten, daß es Probleme bezüglich des Landes und der Weiden geben würde und sagten das auch, so freundlich, wie es unter den gegebenen Umständen möglich war. Sie sagten, daß sie schon genug von den Kupferbändern hatten, dem hauptsächlichen Tauschmittel. Weiße Historiker sagen, daß der Grund der war, daß *„die Eingeborenen zu primitiv waren, um die Segnungen des Handels zu würdigen."*

Die wahren Gründe waren jedoch sonnenklar. Jan von Riebeeck berichtete seinen Vorgesetzten:

„Sie (die Afrikaner) beharrten darauf, daß wir uns mehr von ihrem Land angeeignet hatten, das all die Jahrhunderte lang ihres gewesen war und auf dem sie es gewohnt waren, ihr Vieh weiden zu lassen. Sie fragten, ob es ihnen erlaubt sein würde, sowas zu tun, wenn sie - angenommen - nach Holland gehen würden." Es wird berichtet, daß sie hinzufügten, daß es ihnen nichts ausmachen würde, wenn die Siedler im Fort bleiben würden, *„aber ihr kommt geradewegs ins Innere und sucht euch das beste Land für euch aus, sogar ohne uns zu fragen, ob es uns was ausmacht oder ob es uns Unannehmlichkeiten bereitet"*. Wie jeder sehen kann, war das sehr vernünftig, aber die Siedler ignorierten sie. Im Bericht heißt es weiter, daß *„sie darauf beharrten, daß sie zu diesem Zweck wieder freien Zugang zu diesem Land haben wollen."* Zuerst argumentierten die Siedler, daß *„es nicht genug Gras für ihr und unser Vieh gibt."* Die Afrikaner unterstrichen, daß das Grund genug sei, den Handel mit Vieh zu unterbinden, weil, sagten sie *„wenn ihr viel Vieh habt, werdet ihr mit dem Vieh unsere ganzen Weidegründe nehmen."* Sie fügten hinzu, *„und zu eurer Behauptung, daß das Land nicht groß genug für uns beide ist: wer soll denn dann gerechterweise dem andern Platz machen? Der rechtmäßige Besitzer oder der fremde Eindringling?"*

Das ist die zentrale Ursache unseres Kampfes. Sie hat nichts zu tun mit Apartheid. Es ist falsch, den Kampf als einen Anti-Apartheid-Kampf zu bezeichnen. Wir werden nun versuchen zu ergründen, wie er so entstellt werden konnte.

Die weiße Herrschaft ist sicherlich eine besondere Manifestation des Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus und muß als solche gesehen werden.

Was in den letzten Jahren geschehen ist, ist nur der Höhepunkt von drei Jahrhunderten unterdrückerischer und rassistischer Herrschaft, die unter dem Schlagwort „Apartheid" zusammengefaßt wird. Die ökonomische Basis der Ausbeutung, von der die Apartheid der Überbau ist, wird jedoch in dieser Definition ausgeklammert.

Zusammenleben oder nicht Zusammenleben

Das erste beeindruckende Zeichen der Entfremdung zwischen den Nationen tauchte in Gestalt der Wahlplattform der Nationalistenpartei anläßlich der weißen allgemeinen Wahlen von 1928/29 auf.

Die 'Broederbond' wurde schon 1928 gegründet. 10 Jahre später erschien das Schwarze Manifest.

In der Propaganda, die auf der Volkszählung von 1921 basierte, wurde betont: Wenn den Bedürfnissen der Afrikaner nicht angemessen Rechnung getragen wird, würde es Unruhe geben und der Weiße, besonders die weiße Frau, würden darunter leiden und ihres Lebens nicht mehr sicher sein.

Der wahre Konflikt zwischen den verschiedenen nationalen Gruppen in unserem Land betrifft das Land und nicht Farbe oder Geschlecht. Den Afrikanern wurde das Land, Bürgerrechte und Menschenrechte verweigert. So ist es noch immer. Die rassistische Diskriminierung wurde und wird vom weißen Regime dazu benutzt, um den ungleichen Landbesitz aufrechtzuerhalten, *„als eine Konsequenz der Unterwerfung"*. (Oxford History of South Africa, p.173). Dasselbe Argument gilt für den Konflikt unter den Weißen, zwischen den Afrikaanern (Buren) und den Briten.

Die Politik bei den allgemeinen Wahlen für Weiße im Jahre 1939 drehte sich um - soweit die Afrikaaner betroffen waren - die beiden Losungen „britischer Imperialismus" und die „schwarze Gefahr". Sogar die „schwarze Gefahr" war ursprünglich nicht eine Sache der Hautfarbe.

1911 hat ein gewisser Maurice Evans von einer Toleranz bezüglich Farbe und sozialer Zusammensetzung in Kapstadt - im schwarzen und weißen Südost-Afrika - geschrieben, wo *„junge weiße Männer, die mit gut angezogenen farbigen Mädchen spazieren gehen, gesehen werden können und öfters ein älterer Europäer mit einer farbigen Frau und farbigen Kindern zu sehen ist."* Evans hob hervor, daß die Türen zu den Toiletten für alle offen waren.... 1910 wird in Johannesburg gesagt, daß *„der 'Rand' besser als alles andere die Schwierigkeiten einer gemischt zusammengesetzten Gesellschaft zeigt, in der zwei Rassen nebeneinander leben, die voneinander abhängen, sich weder trennen noch sich miteinander verschmelzen können."* (New. Nations, 1910, p.8/9)

Zusammenarbeiten oder nicht Zusammenarbeiten

In den Städten traten die Konflikte vor allem auf dem Arbeitsmarkt für die Industrie zu Tage. *„Bislang bestand das Eingeborenenproblem darin, die unruhigen Stämme friedlich zu halten; heute hat es eine andere Form, die eines ökonomischen Kampfes um Arbeitsplätze."* (Oxford History of South Africa, p.175). Als man die Afrikaner von ihrem Land vertrieb, zwang man sie, in die Städte oder auf Farmen zu gehen. Die Kommission für Eingeborenenfragen der Jahre 1903/5 empfahl die Bildung, wo immer es möglich sei, von *„Arbeitersiedlungen, in denen der Eingeborene mit seiner Familie nahe am Arbeitsplatz leben könne."* Das System der geschlossenen Lager nahm von den Diamantenfeldern von Kimberley seinen Ausgang, wo es als Mittel *„im Kampf gegen Diamantenschmuggel und Flucht der Arbeiter"* diente. Es zwang die schwarzen Arbeiter zum ununterbrochenen Aufenthalt in den Lagern während der ganzen Zeit ihres Dienstes, der, je nach Bedarf der weißen Unternehmer, drei bis zwölf Monate dauerte. Der zweite Aspekt ist das Vorgehen der weißen Schürfer, die sich aus Gier *„dem Recht der Afrikaner, ihre eigenen Anteile (claims) herauszuholen, widersetzten und seine Abschaffung erreichten. In der Folge (1876) erreichten die weißen Schürfer von den Grubengesellschaften, daß die Arbeiter auf den Status von schlechtbezahlten Hilfsarbeitern reduziert wurden."* Die Weißen reagierten mit Wut auf die Behauptung eines weißen Claimbesitzers, daß *„die Bantus bei weitem die besten und*

verläßlichsten Arbeiter" seien. Die wesentliche Ursache für die Rassenschranken in der Industrie war also die Konkurrenz und nicht die Hautfarbe.

Die Sache war also so, daß die politischen Kräfte diesem aus Habgier motivierten Verlangen nachgaben, und sobald man den Wert der afrikanischen Arbeitskraft erkannt hatte, entstand in allen Teilen des Landes die Nachfrage, von den Farmen bis zu den Minen. Als selbstverständlich galt bei dieser Nachfrage, daß die Afrikaner kein Recht hatten als unabhängige selbstversorgende Bauern weiterzuarbeiten, denn das stand in Widerspruch zu den mächtigen politischen Interessen. Und tatsächlich forderte die Arbeitskommission für Transvaal im Jahre 1904 die *„Abschaffung von Eingeborenensiedlungen und Eingeborenenreservaten wie Basutoland, Swaziland etc., die Enteignung des Landes, um Weiße dort anzusiedeln sowie die Zuteilung der afrikanischen Besitzer zu den weißen Farmern."*

Der Hauptzweck der Eingeborenenpolitik war es (laut Bericht der Kommission für Eingeborenenangelegenheiten von 1939, p.10, § 14) *„die Afrikaner zu zwingen, auf den (weißen) Farmen und in der (weißen) Industrie zu arbeiten. Eingeborenenreservate werden als Arbeitskräftereservoirs angesehen." „Überbevölkerung, Landlosigkeit und Mißernten waren willkommene Förderungsmittel, solange sie Afrikaner betrafen, für den Arbeitskräftenachschub. Traf es die Weißen, wurden dieselben Ereignisse als nationales Unglück betrachtet."* Auf dem Arbeitsmarkt waren die „armen Weißen" ungefähr in derselben Lage wie die Afrikaner am Anfang, und man empfahl ihnen, *„die Reihen der ungelernten Arbeiter und Taglöhner zu füllen"*, mit andern Worten: sie sollten mit den Afrikanern um dieselben Jobs konkurrieren (Bericht der Kommission für Wirtschaft und Löhne von 1925, § 144). Die Kammer für Industrie berichtete der Kommission: *„weiße Löhne wurden und werden zum Großteil auf Kosten der einheimischen Arbeiter gezahlt."* Das Goldproduzentenkomitee der Bergwerkskammer von Transvaal fügte hinzu, daß *„ihre Profite und die extrem hohen Löhne der Europäer in ähnlicher Weise von niedrigen Löhnen für die Afrikaner abhängig seien."*

Das Resultat war, daß sich die Armen zusammenscharten. Die 'armen Weißen' sahen sich oft in 'gemischtrassigen' Slums wohnen und womöglich mit Schwarzen zusammen. Also beschloß die Regierung 1923 das Gesetz über Stadtgebiete für Eingeborene um der 'unerwünschten Mischung' ein Ende zu bereiten, verstärkte die industrielle Rassenschranke und führte 1924 eine „Politik der zivilisierten Arbeit" aller Rassen. Afrikaaner-Schriftsteller betonten die Gefahr einer Art sozialen Vertraulichkeit in durch, bei der nicht-weiße Arbeiter durch arbeitslose Weiße zu höheren Löhnen ersetzt wurden. Wovor man sich fürchtete, war die reale Möglichkeit der Solidarität zwischen Arbeitern den gemischtrassigen Slums und eines schließlichen Aussterbens des Rassenstolzes. Sie sagten, daß die „armen" Weißen nicht nur vom gesellschaftlichen Standard der weißen Gemeinschaft zu dem der Nicht-Weißen absinken würden, sondern - noch viel schlimmer - daß die Nicht-Weißen auf Grund dieser Kontakte und des vertraulichen Umgangs die nötige Achtung für Weiße im allgemeinen verlieren würden und *„in ihren Herzen ein Gefühl des Widerstandes und ein gefährliches Verlangen nach Gleichheit mit den Weißen entwickeln"* könnten.

Unter diesem Eindruck einer *„realen Möglichkeit der Solidarität zwischen allen Arbeitern"* begannen einige Leute in der zunehmenden Verstädterung der Afrikaner ein ernstes Rassenproblem zu sehen (Blue Book on Native Affairs, 1904, p.68) und vertraten die Meinung, man soll die Schwarzen in die Eingeborenen(arbeiter)reservate schicken, damit *„sie sich gemäß ihrer eigenen Art entwickeln."* Das sollte den *„Prozeß der nationalen und stammesmäßigen Desintegration eindämmen und verhindern, sowohl in unserem, wie auch im Interesse der Eingeborenen, weil sonst die rassische Verschmelzung bald folgen würde".* Die Kommission für lokale Verwaltung in Transvaal empfahl 1922: *„Es sollte ein Regierungsprinzip sein, daß sich Eingeborene - Männer, Frauen und Kinder - nur insoweit und so lange innerhalb städtischen Gebiets aufhalten dürfen, als die Bedürfnisse der weißen Bevölkerung ihre Anwesenheit notwendig machen; im übrigen ist der herrenlose Schwarze in der Stadt eine Quelle der Gefahr und ein Anlaß zu Entartung von Schwarz und Weiß."* Berichte von Beamten und Politikern in Natal hatten schon vorher gemeldet, daß *„die Masse der Eingeborenenfrauen das Leben im Kraal aufgegeben hat und sich der Prostitution und modischer Kleidung hingibt."* Die Lösung: *„Den Schwarzen zu verstehen geben, daß Städte der besondere Aufenthaltsort für die Weißen, die herrschende Rasse, sind."* In Transvaal wurde bestimmt, daß sich Schwarze ohne offizielle Genehmigung nicht in der Nähe der Städte niederlassen dürfen. Um das ganz klar zu machen, verbot man ihnen auch, die Gehsteige zu benutzen.

Man kann sagen, daß die 'Eingeborenenpolitik' in Südafrika ein Mittel zur Ausbeutung und Unterjochung des afrikanischen Volkes ist - nationale Unterdrückung und Klassenherrschaft - und es ihnen unmöglich macht, mit den Weißen

auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren und ihre Arbeitskraft letztlich auch für die Beseitigung eines Systems, das ihnen keine Gleichberechtigung gewährt, einzusetzen. Die Paß- und Einwanderungsgesetze spielen bei der lückenlosen Durchführung dieser Politik eine führende Rolle.

In der 'liberalen' Kapkolonie verlangte eine Verordnung aus dem Jahre 1760, daß jeder Sklave, der sich zwischen Stadt und Land bewegte, einen Paß haben müsse, in dem die vom Besitzer unterschriebene Begründung der Reise zu stehen hat. Eine Verordnung aus dem Jahre 1809 bestimmte, daß jeder Afrikaner einen festen Wohnsitz habe, von dem er sich nicht ohne unterschriebenen Paß entfernen dürfe. In Transvaal wurde 1844 verfügt, daß Afrikaner zur Niederlassung in der Nähe einer Stadt einer offiziellen Erlaubnis bedürfen. 1874 betrafen in Natal mehrere Verordnungen die Kontrolle von Afrikanern, *„die kommen und gehen, wann und wie es ihnen gefällt, was dazu führt, daß sie nächstens in der Stadt herumstreunen"* (Henderson - 81/2). Gesetz Nr.8 aus dem Jahre 1893 zwang im Oranjefreistaat Afrikaner, die in Städten lebten, um Aufenthaltsgenehmigungen anzusuchen, um sicher zu gehen, daß nur jene in der Stadt blieben, die Arbeit hatten. 1872 erging eine Verordnung bezüglich der Registrierung der Arbeitskontrakte in Griqualand West, und die Einführung der geschlossenen Lager in Kimberley vervollkommnete die Unterwerfung. In Transvaal entstand das Gesetz 31/1896 um den *„Eingeborenen im Griff zu haben, den wir mit beträchtlichen Kosten hergebracht haben."*

Im Jahre 1937 fand eine Polizeikommission *„genügend Beweise, daß die Durchsetzung der gegenwärtigen Gesetze oft durch unnötige Grobheit, Mangel an Verständnis und sogar Gewalt gekennzeichnet ist."* Eine Untersuchung über afrikanische Arbeiter in Kapstadt von Prof. Sheila van der Horst zeigte, daß *„jedes Kontrollsystem, das Arbeiter an eine bestimmte Industrie, Firma oder Beschäftigung in einem Betrieb bindet, ihr Vorrükken auf qualifiziertere und besser bezahlte Posten verhindert oder verzögert."* Dieses 'Reisekontrollsystem' hat eine riesige Bürokratie entstehen lassen, in der *„unermessliche und unkontrollierbare Macht in den Händen der Beamten liegt; allgemein herrscht die Ansicht, daß in diesem System Korruption in großem Maßstab chronisch ist."*

Man kann die rassistischen Aspekte in dem ganzen Gebäude nicht leugnen, aber es gibt auch keinen Anlaß zu der Vermutung, daß es dieses Gebäude ohne die Schwarzen nicht geben würde. Schließlich hat es Sklaverei in Europa gegeben, lange bevor man von der Existenz von Schwarzen überhaupt wußte. Schwarze Sklaven nahmen den Platz weißer Sklaven und Leibeigener ein.

Zusammenfassung:

Aus dem obigen Material könnte man schließen, daß die südafrikanische Regierung bis 1961 der Repräsentant Großbritanniens in Azania war, und daß ihre Lostrennung ein Akt des Protestes und des Widerstandes war. Dr.-Verwoerd berichtete dem Rassistenparlament am 23.3.1961: *„Was sie wollten, war nicht Gleichberechtigung durch Unterordnung in Ländern wie Südafrika, sondern die Herrschaft der Mehrheit im Namen voller Gleichberechtigung, und folglich der schließliche Sieg über die Weißen durch deren Vertreibung oder Aufsaugung. Da mußten wir einen Strich ziehen."* J.B.Vorster wiederholte das kürzlich: *„Wenn man von der Regierung erwartet, daß sie jede Maßnahme widerruft, die die Identität des Volkes gefährden würde, oder die die Macht über das Volk aus den Händen der Weißen nehmen würde, so bin ich nicht bereit, einen solchen Schritt zu tun."* (Rand Daily Mail, 18.11.1974). Sir de Villiers Graaf sprach in derselben Tonart auf dem Zentralkongreß der Vereinigten Partei in Bloemfontein am 19.11.1963: *„.... Wir sind absolut gegen das allgemeine Wahlrecht und können nicht verstehen, warum man das von uns verlangt, es sei denn, man will unsere Zivilisation und unseren Lebensstandard zerstören."*

Die Lostrennung veränderte aber keineswegs den kolonialen Charakter des Landes unter seinem imperialistischen Konsortium. Von internationaler Seite wurde bereits schlagend bewiesen, daß die diskriminierenden Gesetze des 'statute book' völkerrechtlich zutiefst ungesetzlich sind und daher weder für das unterdrückte Volk noch für die internationale Gemeinschaft bindend sind. Es ist offensichtlich, daß der rechtliche internationale Status Südafrikas illegitim ist und bindende völkerrechtliche Vereinbarungen verletzt. Um zu einer richtigen Strategie für Südafrika zu kommen, müssen wir die Frage der Definition des Rechts auf Selbstbestimmung lösen, insoweit sie das afrikanische Volk von Azania betrifft, und müssen den rechtlichen internationalen Status des Landes korrekt bestimmen.

Deshalb ist unsere Aufgabe und die Haltung unseres unterdrückten Volkes unzweideutig. Unser Kampf geht um die Selbstbestimmung. Um das zu erreichen, müssen wir das rassistische, faschistische Kolonialregime von Südafrika mit Waffengewalt stürzen. Wir weisen von vornherein jede Ablenkung und jeden Kompro-

miß durch Entspannung, Dialog oder irgendwelche Kontakte zurück. Unser endgültiges Ziel ist die Ergreifung der politischen Macht, die Zurückeroberung unseres Landes und der Produktionsmittel. Aus diesen Gründen kann es keinen Kompromiß geben. Wir kämpfen bis zum Ende, auch wenn wir mehr als dreihundert Jahre brauchen sollten - der Kampf muß weitergehen.

Vorgelegt von:
POTLAKO K. LEBALLO
Amtierender Präsident
und nationaler Sekretär
des Pan African Congress
von Azania

JULI 1975
OAU Gipfel in Kampala

In dieser Nummer sind u.a. zwei Artikel des ANC/Afrikanische Nationalisten über den Befreiungskampf in Südafrika/Azania enthalten:
Es lebe die Bewegung des 16.Juni!
Über die Einheitsfront

Preis: 20,-

Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien und bei allen Einheiten des KB Österreichs.

Die revolutionäre Bewegung von heute und der Trotzkismus

Von AGIM POPA (aus: ALBANIE AUJOUHUI Nr.5/72)*

Wie auf dem 6.Kongreß der Partei der Arbeit Albaniens betont wurde, verlangt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse heutzutage eine besonders konsequente Bekämpfung sowohl des rechten Opportunismus, des modernen Revisionismus, auf die das Hauptgewicht gelegt werden soll, aber auch der „linken" Strömungen und hier besonders der gefährlichen Aktivitäten des Trotzkismus, der in den 60er Jahren seinen Aufschwung nahm und heute wieder besonders stark in Erscheinung tritt.

Genosse Enver Hoxha sagte in seinem Bericht zum 6.Parteitag: *„Die verschiedenen antimarxistischen Strömungen, wie Anarchismus und Trotzkismus, sind heute lebendiger denn je zuvor. Ihre Absicht ist, in die Massenbewegungen der Jugend und der Intellektuellen einzudringen, um sie vom richtigen Weg abzubringen und sie in gefährliche Abenteuer zu verwickeln, die zu schweren Niederlagen und Enttäuschungen führen."*

Das Wiederaufleben des Trotzkismus und seine Ursachen

Nachdem der Renegat Chruschtschow am 20. und besonders am 22.Parteitag der KPdSU zu der wilden Anti-Stalin-Kampagne aufgerufen hatte, konnte der Trotzkismus, der schon schwere Niederlagen erlitten und allen Einfluß auf die Massen verloren hatte, wiederum seine unterminierende Tätigkeit auf breitester Basis aufnehmen und seinen vergiftenden Einfluß geltend machen. Trotzkistische Organisationen und Gruppen schossen in Europa, Amerika und andern Erdteilen aus dem Boden.

Seit den 60er Jahren gruppieren sich die Trotzkisten um 4 Zentren: Das „Internationale Sekretariat", die sogenannte „Marxistisch-Revolutionäre Tendenz der 4.Internationale", das „Lateinamerikanische Sekretariat" und das „Internationale Komitee" in London, das hauptsächlich die britischen, amerikanischen und kanadischen Gruppen vereint.

In Westeuropa sind die trotzkistischen Gruppen besonders zahlreich vertreten. In Frankreich z.B. erschienen einige Gruppen und nahmen ihre verderbliche Tätigkeit auf, wie die „Internationale Kommunistische Partei" (PCI), die der französische Zweig der 4.Internationale ist, die „Internationale kommunistische Organisation" (OCI), eine rivalisierende Fraktion, die nicht der 4.Internationale angehört, „Sozialistische Jugendallianz" (AJS), „Marxistisch-Revolutionäre Allianz" (AMR), „Kommunistische Liga" (LC), die „Arbeiterkampf"-Gruppe (LO) usw. Auch in Spanien gibt es einige aktive trotzkistische Organisationen: Die „Vereinigte Internationale Kommunistische Partei" (POUM), die Organisation „Kommunistische Aktion", die „Revolutionäre Arbeiterpartei" (POR). In Großbritannien ist die trotzkistische Organisation „Sozialistische Arbeiterliga" tätig. Weiters entstanden auch in den andern Ländern Europas trotzkistische Gruppen, wie in Deutschland, Schweden, Belgien - aber auch in Ceylon und Japan.

Was aber sind nun die Gründe für das Wiederaufleben des Trotzkismus in der heutigen Zeit? Die wichtigsten sind folgende:

Einerseits tragen die Betrügereien des modernen Revisionismus, besonders die der Chruschtschowschen Revisionisten, dazu bei, in der revolutionären Bewegung große Verwirrung zu stiften. Das erlaubt den Trotzkisten, mit pseudolinken Slogans zu spekulieren, um die revolutionäre Bewegung irrezuführen.

Andrerseits ist das Wiederaufleben des Trotzkismus verbunden mit der breiten Einbeziehung von andern kleinbürgerlichen Zwischenschichten, einschließlich namentlich der verschiedenen kleinbürgerlichen städtischen Schichten: kleiner Kaufleute, unterer und mittlerer Angestellte, Intellektueller und Studenten usw., die die typisch kleinbürgerlichen Schwan-

*(Eigene Übersetzung; Anm. der Redaktion)

kungen in die Bewegung mitbringen. Gerade diese Schwankungen, diese kleinbürgerliche Unbeständigkeit, diese Neigung, von einem Extrem ins andere zu verfallen - vom Anarchismus und ungezügelten Abenteurertum zum äußersten Rechtsopportunismus und Defaitismus -, stellt einen günstigen Nährboden dar, auf dem der Trotzkismus gedeiht und auf seine konterrevolutionären Ziele spekuliert.

Drittens schließlich fördert und unterstützt die Bourgeoisie heute, da die revolutionäre Bewegung im stetigen Wachsen begriffen ist, mit allen verfügbaren Mitteln die Verbreitung des Trotzkismus, der aus dem Protestgefühl der werktätigen Massen und besonders der Jugend gegen das kapitalistische System und aus ihren aufrichtigen, aber spontanen revolutionären Neigungen seinen Nutzen zieht. Er versucht sie mit einer ultralinken Phraseologie zu desorientieren, vom richtigen Weg der Revolution abzubringen, zu desillusionieren und in Abenteuer zu stürzen, die der Bourgeoisie nicht weh tun. Das ist auch der wahre Grund, weshalb heute Verlage, die von der Bourgeoisie finanziert werden, Trotzkis Werke und trotzkistische Literatur in großem Umfang publizieren.

Einige wesentliche Merkmale des heutigen Trotzkismus

Wie kann man den heutigen Trotzkismus charakterisieren? Die Behandlung dieser Frage, wenn auch nur in zusammengefaßter Form, ist wesentlich, um das Wesen und die Bedeutung dieser anti-marxistischen Strömung unter den aktuellen Bedingungen der Entwicklung der revolutionären Bewegung verstehen zu können.

Der Trotzkismus unserer Tage hat seine allgemeine Grundlage in den anti-marxistischen Anschauungen, Zielen und Methoden, die von Trotzki zu seiner Zeit ausgearbeitet wurden. Er hat aber notwendigerweise einige neue Züge und Merkmale, die von den heutigen Bedingungen und Umständen der Entwicklung der trotzkistischen Aktivitäten bestimmt werden. Unsere Aufgabe ist es hier, die altbekannten Tatsachen mit den neuen Nuancen in Verbindung zu bringen. Das Ziel dieses Artikels soll nicht darin bestehen, eine historische Parallele zwischen dem alten und neuen Trotzkismus zu ziehen, oder die Unterschiede zwischen beiden herauszuarbeiten, was in einer eigenen Studie geschehen könnte. Hier werden wir die fundamentalen Wesenszüge, die den heutigen Standpunkt und die Aktivitäten des Trotzkismus kennzeichnen, aufzeigen, ungeachtet der Frage, ob sie auch für den ursprünglichen Trotzkismus charakteristisch waren. Wir werden auch keine vergleichende Analyse der zahlreichen trotzkistischen Gruppen und Fraktionen bringen, die in permanenter Fehde und Polemik zueinander stehen, aber in einigen wesentlichen Punkten in ihrem Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Bewegung übereinstimmen. Wir können deshalb von einigen allgemeinen Zügen der ganzen trotzkistischen Richtung sprechen.

Vom philosophisch-methodologischen Standpunkt ist der heutige wie der alte Trotzkismus von einem willkürlichen Subjektivismus gekennzeichnet. Dieser findet unter anderem in dem Versagen Ausdruck, die objektiven Bedingungen, die die revolutionäre Bewegung auf nationaler und internationaler Ebene bestimmen sowie ihren Charakter und ihre Triebkräfte in ihren verschiedenen Etappen in Betracht zu ziehen. Eklektizismus und Pragmatismus, der Mangel an festen Prinzipien, die Bezugnahme auf einander gänzlich entgegengesetzte Konzepte, das Wechseln von einem Extrem zum andern, die Vereinigung mit den verschiedensten Strömungen um eines vorübergehenden Vorteils willen u.a. kennzeichnen die trotzkistischen Konzepte.

Seinen ideologisch-politischen Standpunkt kennzeichnet vor allem die Feindseligkeit gegen den revolutionären Marxismus-Leninismus. Das gilt ganz allgemein für den alten wie für den neuen Trotzkismus. Sie drückte sich aus in der feindlichen Haltung Trotzkis gegenüber Lenin und dem Leninismus und später gegenüber Stalin, seinen Ideen, seiner Arbeit und seiner Führung. Heute findet die Feindschaft des Trotzkismus darin ihren Ausdruck, daß die Trotzkisten die Aufmerksamkeit der revolutionären Bewegung vom Kampf gegen den modernen Revisionismus ablenken und sie auf eine Anti-Stalin-Position bringen wollen. Sie präsentieren Stalins revolutionäre marxistisch-leninistische Linie in einem völlig falschen Licht, indem sie diese als Rechtsopportunismus hinstellen. Und während sie den Kampf gegen den Revisionismus mit ein paar allgemeinen Glossen abtun, haben sie ihr Feuer auf Stalin und den „Stalinismus" konzentriert. Sie beschuldigen ihn des Verrats am Leninismus, an der Sache der Revolution und des Sozialismus, der Desorientierung der Bewegung der Weltrevolution. Weiters werfen sie ihm vor, eine Schwächung des revolutionären Aufschwungs im Westen verursacht zu haben und die Länder der Volksdemokratien nach dem 2. Weltkrieg besetzt und ausgebeutet zu haben etc. (P. Frank, „Die Vierte Internationale", Verlag Maspero, 1969).

Auch Mao Tsetung und seine Ideen greifen sie an, die KP Chinas und die chinesische Revolution (ebenda; ferner: D. Avenas, A. Brossat, „Über den Anti-Trotzkismus", Verlag Maspero, 1971). Auf der andern Seite stimmen die Trotzkisten in grundsätzlichen Fragen vollkommen mit den modernen Revisionisten überein. Mit ihnen greifen sie Stalin und die Kommunistische Partei Chinas an und unterstützen die Varianten und verschiedenen Strömungen des Revisionismus. 1948 drückte die Führung der 4. Internationale und die ihr zugehörige trotzkistische Organisation ihre Unterstützung für die jugoslawischen Revisionisten aus und führte in diesem Sinn eine Reihe von Aktivitäten durch (P. Frank, „Die Vierte Internationale"). 1956 stellten sie sich an die Seite der ungarischen Konterrevolution und gaben ihr Mißfallen an Imre Nagys „unschlüssiger Haltung" kund. 1968 unterstützten sie die Dubcek-Revisionisten in der CSSR, indem sie ihren Kurs als „revolutionäre Bewegung" hinstellten. Ebenso stimmen die Trotzkisten in den Chor der sowjetrevisionistischen Demagogie über eine „gemeinsame Front aller sozialistischen Länder gegen den US-Imperialismus" ein, leugnen den Prozeß der Restauration des Kapitalismus in den vom Revisionismus beherrschten Ländern etc. (alles in: P. Frank, „Die Vierte Internationale"). Was Lenin einmal über Trotzki sagte, hat heute noch genauso seine Gültigkeit: *„Er manövriert, spekuliert, posiert als Linker - und hilft den Rechten, so viel er nur kann...."* Das Ziel der Trotzkisten ist es, alle Strömungen - seien es rechte oder „linke" - gegen den revolutionären Marxismus-Leninismus zu vereinigen, den sie als „Stalinismus" bezeichnen.

Die Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung ist eines der charakteristischsten Ziele des heutigen Trotzkismus. Objektiv könnte man den Trotzkismus unserer Tage als eine spezielle Agentur der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterbewegung bezeichnen, einer Spaltung, die die Trotzkisten zum Prinzip zu erheben versuchen, indem sie sich offen gegen die Einheit in den Reihen der Arbeiterbewegung aussprechen. Einer der Führer und Ideologen des heutigen Trotzkismus, Pierre Frank, schreibt: *„Was in der Tat abnormal ist in der Arbeiterbewegung, ist der Monolithismus, diese 'Einheit', die jeden unabhängigen politischen Gedanken innerhalb der Organisationen, die sich marxistisch nennen, unmöglich macht.... Wer immer sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung beruft, muß sehen, daß sie meistens von heftigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Tendenzen beherrscht war, von Strömungen, die theoretisch und politisch in Opposition zueinander standen. Das war ganz normal, da der Fortschritt der revolutionären Aktion und Idee nicht erreicht werden kann außerhalb einer unaufhörlichen Konfrontation von Theorien, Standpunkten und Orientierungen mit der Realität. Dies umso mehr in einer Welt, die in einem Stadium ununterbrochener Umwälzungen begriffen ist und in der 'das Neue' von Tag zu Tag entstand und entsteht."* (P. Frank, „Die Vierte Internationale", S.60)

Nach seiner Auffassung darf es also in der Arbeiterbewegung keine Einheit geben, ihr normaler Zustand soll der einer fortwährenden Spaltung sein. Aus einem solchen Konzept folgt klar, daß die ständige Spaltung in den Reihen der trotzkistischen Bewegung selbst, ihre ständige Auflösung in eine große Zahl von Grüppchen und Fraktionen, die einander unaufhörlich bekämpfen, nicht nur ein Ausdruck ihrer Schwäche und ihrer kleinbürgerlichen Natur ist, sondern auch eine Taktik, um Zwietracht und Uneinigkeit in die Reihen der revolutionären Bewegung zu tragen.

Die prinzipienlosen Schwankungen nach rechts und „links", die Einigkeit mit extremen Rechtsopportunisten einerseits und mit den Extremisten und Abenteurern unter den „linken" Elementen andrerseits, charakterisieren ebenfalls sehr gut die Haltung der Trotzkisten. So verfolgen sie zum Beispiel auf der einen Seite die sogenannte Politik des „Entrismus", das heißt der Vermischung der eigenen Reihen mit andern, auch mit rechten sozialdemokratischen Parteien, während sie auf der andern Seite wütend die Politik der antifaschistischen Volksfront angreifen, die sie als „opportunistische Politik der Klassenkollaboration" bezeichnen. Einerseits loben sie den Einsatz blinder Gewalt in den höchsten Tönen. Sie unterstützen anarchistische „linke Bewegungen", die kurzsichtig und ohne ein klares revolutionäres Programm sind, die nur Verwirrung und Enttäuschung in die revolutionäre Bewegung bringen - wie die chaotischen Revolten kleiner bewaffneter Gruppen oder den Guerillakampf, der nicht auf einer breit organisierten politischen Massenbewegung beruht.

Auf diese Weise befürworten sie Putschismus und politisches Abenteurertum, während sie auf der andern Seite der Arbeiterbewegung eine „Strategie und Taktik" im Kampf für den Sozialismus empfehlen, die der reformistischen Linie der rechten Revisionisten gleichkommt. (P. Frank, „Die Vierte Internationale", ebenso wie K. Mavrakis, „Über den Trotzkismus", Verlag Maspero, 1971). Diese Ausschweifungen, diese eklektische Verquickung von rechts- und „links"extremen Konzepten, sind nicht nur ein Ausdruck der im Grunde genommen kleinbür-

gerlichen Natur des Trotzkismus, sie sind auch ein Weg zur Unterhöhlung und zur Desorientierung der revolutionären Bewegung. All dies zeigt, daß der Trotzkismus nach wie vor in seiner politischen Grundlage Revolution in Worten, Unterminierung und Sabotage der revolutionären Bewegung in Taten bedeutet.

Ungeachtet der Nuancen, die die verschiedenen Fraktionen und Gruppen unterscheiden, sind die oben erwähnten kennzeichnenden Züge gegenwärtig für die Konzepte, Standpunkte und Aktivitäten der trotzkistischen Richtung charakteristisch. Sie finden ihren konkreten Ausdruck in der Behandlung einer ganzen Reihe von Problemen. Es ist notwendig, hier - wenn auch nur in aller Kürze - auf einige davon einzugehen, um daraus zu ersehen, in welcher Weise die Trotzkisten den Marxismus-Leninismus verzerren und die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung zu verwirren und zu desorientieren versuchen.

Wie die Trotzkisten die revolutionäre Arbeiterbewegung sabotieren

Man hört von den Trotzkisten viele Slogans, die die Revolution betreffen. Besonders gerne bringen sie immer wieder die Theorie der sogenannten „permanenten Revolution", die sie als eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus verkaufen wollen. Doch was ist der Kern ihrer ultra-revolutionären Theorien und wem dienen sie wirklich?

Unter dem Vorwand ihrer ununterbrochenen Entwicklung leugnet die Theorie der „permanenten Revolution" die verschiedenen Etappen, in denen die Revolution voranschreitet. Das war Trotzkis Ansicht und das ist auch noch der Standpunkt der heutigen Trotzkisten. Dieser Ansicht nach kann also die Revolution nur eine proletarische Revolution ohne Zwischenetappen sein, egal ob das Land ein koloniales, halbkoloniales oder durch und durch kapitalistisches Land ist.

„Die gesamte revolutionäre Erfahrung des heutigen Vienam," so schreiben die Trotzkisten, *„bestätigt die Notwendigkeit einer Vereinigung des antiimperialistischen Kampfes mit dem Kampf gegen Bourgeoisie und Kapital, und die Notwendigkeit für die Revolutionäre der kolonialen Länder, die proletarische Revolution in die Wege zu leiten, falls sie die Mittel sichern wollen, um die sogenannten nationalen Aufgaben zu erfüllen."* Und weiter schreiben sie: *„Die etappenweise Revolution hat gänzlich versagt"*.... *„es gibt in der heutigen Zeit keine Mittelwege zwischen der Herrschaft des Kapitals und der Diktatur des Proletariats."* (D.Avenas, A.Brossat „Über den Anti-Trotzkismus", Seite 75). Aber das Problem auf diese Art aufzuwerfen, hieße, die objektiven Tatsachen zu ignorieren, die den Charakter der Revolution in den verschiedenen Etappen bedingen, wie auch der Revolution in diesen Ländern die soziale Basis zu schmälern und Zwietracht zwischen die sozialen Kräfte zu säen, die in der revolutionären Bewegung vereint werden müßten, und somit die Revolution zu sabotieren.

Diesen abenteuerlichen Argumenten der Trotzkisten stellen die Marxisten-Leninisten die Notwendigkeit einer konkreten Analyse der Entwicklung der Revolution in jedem Land gegenüber, ohne in starre und absolute Formeln zu verfallen. Sie stellen ihnen die Verbindung der Revolution in Etappen und der ununterbrochenen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gegenüber, wo die objektiven Bedingungen und Umstände es erfordern, als eine notwendige Bedingung für die Durchführung der anti-imperialistischen oder demokratischen Revolution bis zum Ende und für das Voranschreiten zur sozialistischen Revolution.

Die trotzkistische Theorie der „permanenten Revolution" verleugnet auch die Wichtigkeit der nationalen Bewegung innerhalb der Entwicklung der revolutionären Bewegung, sie überschätzt die äußeren Faktoren und leugnet die inneren Faktoren als ausschlaggebend für die Revolution. In letzter Konsequenz ist sie eine Theorie des „Exports" der Revolution.

„Die Idee von der Entwicklung einer revolutionären Bewegung auf nationaler Ebene oder in regionaler Isolation" sagt eines der programmatischen Dokumente der 4.Internationale - *„war niemals so sinnlos wie in der Epoche der Interkontinentalraketen und der Weltraumflüge."* Wogegen die Trotzkisten D.Avenas und A.Brossat schreiben: *„Die verschiedenen Länder stehen alle auf ganz verschiedenen Entwicklungsstufen, aber sie stehen in enger Verbindung zueinander - sie sind voneinander abhängig. Dies sollte man im Auge behalten, denn diese letzte Entwicklungsstufe der Produktivkräfte verhindert eine Rückkehr zu nationalen Grenzen."* Solch eine Behandlung der Frage führt tatsächlich dazu, die Revolution in den einzelnen Ländern aufzugeben, darauf zu warten, daß sich günstige Bedingungen für eine „kettenreaktionartige Weltrevolution" ergeben, was aber auf Grund der ungleichen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus unmöglich ist - eine Tatsache, die die Trotzkisten ignorieren möchten und dabei in Subjektivismus verfallen.

Durch ihren Standpunkt und ihre Argumente desorientieren und spalten die Trotzkisten die

Triebkräfte im heutigen Prozeß der Revolution. In den kolonialen und halbkolonialen Ländern, wo die Arbeiterschaft immer noch einen relativ geringen Teil der Bevölkerung ausmacht, wogegen die Bauernschaft den größten Teil stellt und daher auch die zahlenmäßig stärkere Kraft in der Revolution ist, verneinen die Trotzkisten durch ihre Verleugnung der etappenweisen Entwicklung der Revolution in der Tat die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft. Sie entfremden die Bauernschaft und die übrigen Mittelschichten durch ihre ultrarevolutionären Slogans der Arbeiterklasse. In den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft jeder wahren revolutionären Bewegung ist, verbreiten die Trotzkisten noch beharrlicher die Ansicht, daß die schlagende Kraft der Revolution und ihre wahren Führer angeblich nur die jungen Intellektuellen, die Schüler und Studenten, sein könnten. Das zeigt sich auch klar in der Tatsache, daß die trotzkistische Strömung hauptsächlich unter der studierenden Jugend verbreitet ist, während sie auf die Arbeiterklasse kaum Einfluß nehmen kann. In dieser Frage nähern sich die Trotzkisten stark den Bourgeois-Ideologen vom Typ eines Marcuse oder eines extrem rechten Revisionisten wie Fischer u.a. an.

Doch die studentische Bewegung, ganz gleich, wie stark entwickelt sie auch sein mag, kann im Kampf gegen den Kapitalismus nur dann eine positive und wirkungsvolle Stellung einnehmen, wenn sie sich mit der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse verbindet und unter die Führung des Proletariats und der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats stellt.

Während sie großen Lärm mit allgemeinen ultrarevolutionären Parolen machen, bringen die heutigen Trotzkisten, wenn es sich darum handelt, konkrete Probleme der Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zu behandeln, Argumente, die im Kern vollständig mit denen der modernen Revisionisten über „Strukturformen", die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der kapitalistischen Betriebe u.a.m., übereinstimmen. Der Trotzkist Mandel behauptet z.B., daß der Kampf für die Arbeiterkontrolle in den kapitalistischen Ländern *„eine Situation der Doppelherrschaft erzeugt"*, daß die *„Forderung nach Arbeiterkontrolle auf die Errichtung der Arbeitermacht, anfangs im Betrieb und dann im ganzen Land, hinzielt."* Mandel zufolge wären die Arbeiter im Mai/Juni 1968 zum Sieg gelangt, hätten sie nach den folgenden Empfehlungen gehandelt: *„Wären sie in den vorhergehenden Jahren und Monaten im Geist der Arbeiterkontrolle erzogen worden, so hätten sie gewußt, was zu tun war, nämlich, in jedem Betrieb ein Komitee zu wählen, dessen erste Aufgabe die Einsichtnahme in die Abrechnungsbücher wäre. Sie sollten selbst die Lohnkosten und die Einkommenssteuer des Betriebes berechnen. Sie sollten das Recht der Abstimmung über die Einstellung und die Entlassung der Arbeiter und über jede Änderung der Arbeitsorganisation einführen. Sie sollten die vom Unternehmen bestimmten Vorarbeiter durch selbstgewählte Arbeitergenossen ersetzen....Die Arbeiter sollten schnell von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterverwaltung übergehen. Doch dieses Intervall sollte dazu verwendet werden, vor der gesamten Nation die Willkür, Ungerechtigkeit und Ausplünderung der Kapitalisten zu demaskieren, und lokale, regionale und nationale Kongresse der Streikkomitees und der Komitees der Arbeiterkontrolle zu veranstalten, die den kämpfenden Arbeitern die Mittel der Organisierung und der Selbstverteidigung sichern würden, um dem bürgerlichen Staat und der Klasse der Kapitalisten die Stirn zu bieten."* (Zitiert aus K.Mavrakis, „Über den Trotzkismus"). Und all dies kann - nach Ansicht der Trotzkisten - unter den Bedingungen der Herrschaft der Bourgeoisie erfolgen, die bis an die Zähne bewaffnet ist, ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, ohne die Diktatur des Proletariats zu errichten! Dies kommt einer ausgesprochen opportunistischen Verleugnung der Revolution gleich!

Der heutige Trotzkismus und das Problem der revolutionären Avantgardepartei

Die Feindseligkeit der Trotzkisten gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse kommt deutlich in dem Standpunkt zum Ausdruck, den sie zum Problem der proletarischen Partei einnehmen. Man kann ihn folgendermaßen zusammenfassen:

Erstens ist nach den Trotzkisten die Existenz und die Führung einer proletarischen marxistisch-leninistischen Partei im Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus nicht unbedingt nötig. Wie der Trotzkist P.-Frank in seinem Buch „Die 4.Internationale" schreibt, hat Trotzki in seinen Schriften vorausgesehen - wenn auch als seltene Möglichkeit unter außergewöhnlichen Umständen, daß *„die Revolution auch unter einer nichtrevolutionär marxistischen Führung erfolgreich sein könnte"*, und daß nach dem 2.Weltkrieg solche Fälle auch angeblich vorgekommen seien. (P.Franc, „Die Vierte Internationale"). Es ist offensichtlich, daß es in dieser Frage zwischen dem trotzkistischen Standpunkt und dem von den jugoslawischen,

italienischen un andern modernen Revisionisten vertretenen, keinen grundlegenden Unterschied gibt. Das Ziel solcher Argumentationen ist bekanntlich, die Arbeiterklasse ohne wahre revolutionäre Führung zu lassen, die Revolution zu untergraben und zu sabotieren und die Arbeiterklasse weiterhin in den kapitalistischen Fesseln zu belassen.

Zweitens sind die Trotzkisten gegen eine ungeteilte Führung unter der proletarischen marxistisch-leninistischen Partei nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse. So wie die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Ideologen stimmen sie für ein Mehrparteiensystem im Sozialismus. In diesem Zusammenhang schreibt P.Franc: *„In der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus wird die Arbeiterklasse für lange Zeit noch in einem gewissen Maß differenziert bleiben, als die verschiedenen Schichten unterschiedliche Ansichten haben in bezug auf das Verhältnis zwischen ihren täglichen Bedürfnissen und langfristigen Interessen. Deshalb wird in der Übergangsgesellschaft Platz für verschiedene Parteien sein, einige mit einem mehr reformistischen Charakter, andere mit einem mehr revolutionären Charakter"* (ebenda). Es wird also von der Existenz verschiedener sogenannter „Arbeiterparteien" ausgegangen, was die Führung durch eine einzige Vorhutpartei der Arbeiterklasse, die auf dem Boden der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus steht, ausschließt. Unter solchen Umständen ist aber die Existenz einer wirklichen Diktatur des Proletariats unmöglich. Darauf zielen die Kalkulationen der Trotzkisten auch ab. Allein die Tatsache, daß sie gegen das „stalinistische" Sowjetsystem, das die Grundlage der proletarischen Diktatur verkörpert, eine wilde Hetzkampagne entfaltet haben und diese auch heute noch fortsetzen, beweist ihre maßlose Feindschaft gegenüber dem Staat der Diktatur des Proletariats.

Drittens: Indem sie die „Weltrevolution" in ihrem Sinn proklamieren und die Rolle des inneren, nationalen Faktors in der Entwicklung der revolutionären Bewegung unterbewerten, unterbewerten die Trotzkisten in der Folge auch die Rolle der proletarischen Partei auf nationaler Ebene und schwätzen von der Notwendigkeit einer „Weltpartei". Da es keinen „Sozialismus in einem Land" gibt - sagen sie - *„kann die Weltrevolution auch nur von einer weltweiten Partei durchgeführt werden." (P. Frank, „Die Vierte Internationale")* Das bedeutet im Grund, die wirkliche Rolle der proletarischen Partei zu leugnen, da der weltrevolutionäre Prozeß unter den heutigen Bedingungen nicht anders voranschreiten kann als durch die Entwicklung und den Sieg der Revolution in den verschiedenen Ländern - also auf nationaler Ebene, unter der unabdingbaren und voll verantwortlichen Führung der proletarischen Partei in jedem Land.

Viertens sind die Trotzkisten, obwohl sie sich in Worten als die konsequenten, ja einzigen Nachfolger Lenins bezeichnen, in der Tat sture Opportunisten gegenüber den Prinzipien Lenins, die das innere Leben der proletarischen Partei betreffen. Indem sie vor allem für „Demokratie" und „Gedankenfreiheit" plädieren, bekämpfen sie vor allem die Prinzipien des Zentralismus und der Einheit im Denken und Handeln, die eiserne proletarische Disziplin, ohne die die Partei aber formlos und unorganisiert bleibt, ein Klub für endlose Diskussionen und unfähig für irgendwelche effektiven revolutionären Aktionen, während sich die Demokratie innerhalb der Partei zu einem Mittel umwandelt, die Partei zu zersetzen und aufzulösen.

Trotzki beschrieb seinerzeit die Partei Lenins als ein „Kasernenregime" und er fand ihre Normen bürokratisch und diktatorisch. Seiner Meinung nach sollte die Partei eine prinzipienlose Vereinigung all der Fraktionen und Strömungen sein, die sich selbst kommunistisch oder sozialistisch nennen. Auch die heutigen Trotzkisten befürworten den Fraktionismus sowie *„Diskussionsfreiheit und das Recht, beliebige Strömungen zu bilden, ohne die der Basis die Grundlage für wirkliche politische Aktivität fehlt."* (P.Franc, „Die Vierte Internationale). Auch in dieser Frage gehen die Trotzkisten konform mit den Ansichten extrem rechts gerichteter Revisionisten vom Typ eines Garaudy oder Fischer, oder mit denen „linker" Gruppen wie Manifesto, die offen Lenins Lehren über die Partei bekämpfen (im Gegensatz zu den getarnten Angriffen der Trotzkisten).

Die Tatsachen beweisen uns, daß der Trotzkismus der geschworene Feind der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Völker ist, und eine gefährliche Waffe in den Händen der Bourgeoisie und des Imperialismus darstellt, um die Bewegung zu verwirren, zu untergraben und zu spalten. Daher ist unter den heutigen Bedingungen der Kampf um die Entlarvung und Vernichtung des Trotzkismus eine dringende Notwendigkeit für die erfolgreiche dringenden Notwendigkeit für die erfolgreiche Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und eine aktuelle Aufgabe aller Marxisten-Leninisten.

Um die Falschheit und den wahren konterrevolutionären Charakter der trotzkistischen Predigten und Standpunkte im Zusammenhang

mit den verschiedenen Problemen der heutigen revolutionären Bewegung zu entlarven, wird es einen langwierigen und schwierigen politischen und ideologischen Kampf geben - doch das allein ist nicht ausreichend.

Die Vernichtung des Trotzkismus ist untrennbar mit dem Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien gegen den Revisionismus, und in erster Linie gegen den Sowjetrevisionismus, verbunden. Man muß der von den Revisionisten verursachten Irreführung der revolutionären Bewegung, die die Bedingungen für das Wiederaufleben des Trotzkismus geschaffen hat, ein Ende bereiten. Man muß den werktätigen Massen und den Völkern klarmachen, welch tiefe Kluft die Revisionisten vom Marxismus-Leninismus und dem wahren Sozialismus trennt, um somit den Trotzkisten den Boden für ihre Spekulationen unter den Füßen zu entziehen.

Die entscheidende Bedingung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Trotzkismus ist aber die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung selbst. In jedem Land muß ein klares Programm für den revolutionären Kampf ausgearbeitet werden, die marxistisch-leninistischen Parteien müssen sich weiter ausbreiten und in den Massen verwurzeln, um ihnen eine klare Ausrichtung zu geben und die aufrichtigen revolutionären Elemente, die vom Trotzkismus in die Irre geleitet wurden, von allen schädlichen Einflüssen zu befreien.

PEKING RUNDSCHAU 7

Ein Jahr des Vorwärtsschreitens im Sturm

Die „Viererbande" und die Trotzkisten

„Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung beweist wiederholt, daß in jedem kritischen Augenblick der Revolution Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in der kommunistischen Partei versteckt halten, auf den Plan treten, um die Führung in Partei und Staat an sich zu reißen, die Sache der proletarischen Revolution zu untergraben, und den Kapitalismus zu verteidigen oder wiederherzustellen. (....) Unser Kampf gegen die 'Viererbande' hat eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Kampf, den die bolschewistische partei vor mehr als fünfzig Jahren gegen die Trotzkisten führte." (Aus dem Artikel: „Die 'Viererbande' und die Trotzkisten" in „Peking Rundschau" 7/77)

Einzelpreis: 2,50

Diese „Peking Rundschau" ist auch als Einzelexemplar erhältlich. Bestellungen sind zu richten an: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.

MAO TSE-TUNG

ÜBER DIE NEUE DEMOKRATIE

112 Seiten Preis: 8,50
Best. Nr.: 1 G-159

Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

Vorbereitung und Charakter des II.Weltkrieges - Einschätzung und Kampf der Kommunistischen Internationale

Die Resultate des I.imperialistischen Weltkrieges

Infolge der Ergebnisse des 1. Weltkrieges und des Sieges der russischen Oktoberrevolution (1917) ergaben sich in der internationalen Lage gewaltige Veränderungen und Kräfteumgruppierungen.

Die Krise bringt die Revolution hervor

Es bestätigte sich die Lehre Lenins, daß der imperialistische Krieg alle kapitalistischen Widersprüche verschärft und auf die Spitze treibt, daß er revolutionäre Situationen in hohem Maße schafft.

In Rußland errichtete die Arbeiterklasse den ersten sozialistischen Staat auf der Welt. Das Beispiel der Oktoberrevolution zeigte der Arbeiterklasse aller Länder, daß es möglich ist, mit Krieg und Imperialismus, mit Ausbeutung und Unterdrückung Schluß zu machen und wies ihnen den Weg zum Sieg. Das „russische Beispiel" wurde zu einem mächtigen Impuls für die Entwicklung der Revolution. In den Jahren 1917 bis 1923 kämpfte die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern für die Beseitigung des Kapitalismus:

- Jänner 1918 errichten die finnischen Arbeiter eine Rätemacht im Süden
- Oktober/November 1918 brachen in Österreich-Ungarn und in Deutschland Volksrevolutionen aus (was die österreichische Zentralgewalt gewaltig schwächte - im Gefolge der Revolution zerbrach der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn und es entstanden eine Reihe von neuen Staaten: Österreich, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (das spätere Jugoslawien)
- März 1919 Errichtung einer Räterepublik in Ungarn
- April 1919 in Bayern
- Juni 1919 in der Slowakei
- Juli/August 1920 wurde in einem Teil Polens eine Arbeiter-Bauern-Regierung gebildet
- Massenaktionen, Generalstreiks, bewaffnete Kämpfe der Arbeiter, Aufstände in Armee und Flotte, revolutionäre Bauernerhebungen fanden auch in Bulgarien, Rumänien, Frankreich, Italien, Dänemark, Großbritannien, Japan, Kanada, USA, Spanien, Niederlande, Schweiz statt.

Der Sieg der Oktoberrevolution gab der nationalen Befreiungsbewegung einen machtvollen Auftrieb:

- 1919 erkämpfte das feudal beherrschte Afghanistan die Unabhängigkeit gegen den britischen Imperialismus
- 1921/22 die Türkei durch eine bürgerlich-nationale Revolution
- 1921 siegte die antiimperialistische Volksrevolution in der Mongolei
- 1919 fand in Korea ein Volksaufstand gegen die japanische Kolonialherrschaft statt
- in China, Indien, Indonesien und Persien entwickeln sich Massenbewegungen
- 1919 und 1921 kam es in Ägypten zu bewaffneten Aufständen gegen die britische Kolonialverwaltung
- 1921 erhoben sich in Marokko die Rif-Kabylen gegen die spanische Kolonialmacht und errichteten eine unabhängige Rif-Republik (bis 1926)
- in Gambia, Nigeria und Sierra Leone kam es zu Bauernunruhen
- in Südafrika fanden Massenstreiks und Aufstände statt
- in Argentinien, Brasilien, Peru, Chile, Kuba brachen Massenstreiks und revolutionäre Erhebungen aus; in Buenos Aires und Rio de Janeiro kam es zu Barrikadenkämpfen und Straßenkämpfen
- in ganz Lateinamerika, vor allem aber in Mexiko, erhoben sich die Bauern.

Nach dem 1. Weltkrieg entstanden in vielen Ländern Kommunistische Parteien, die sich bald zu Massenparteien entwickelten. Gerade die Erfahrungen der revolutionären Nachkriegskrise zeigten die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei, zeigten, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn an ihrer Spitze marxistisch-leninistische Parteien stehen. Auf Initiative der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) unter Lenin gründeten diese Anfang März 1919 die Kommunistische Internationale, die 3. Internationale, die fortan eine große Rolle beim Vorantreiben der Weltrevolution spielte.

Die revolutionäre Strömung kommt in der Oktoberrevolution zum Ausdruck

„Die Oktoberrevolution ist nicht bloß eine Revolution im 'nationalen Rahmen.' Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der kapitalistischen Welt, zu der neuen, der sozialistischen Welt....Man könnte eine Reihe von Grundfragen nennen, in denen die Oktoberrevolution auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt einwirkt.

1.Die Oktoberrevolution ist vor allem dadurch bedeutsam, daß sie die Front des Weltimperialismus durchbrochen, die imperialistische Bourgeoisie in einem der größten kapitalistischen Länder gestürzt und das sozialistische Proletariat an die Macht gebracht hat....Das bedeutet, daß die Oktoberrevolution eine neue Epoche, die Epoche der proletarischen Revolution in den Ländern des Imperialismus, eröffnet hat....

2. Die Oktoberrevolution hat den Imperialismus nicht allein in den Zentren seiner Herrschaft, nicht allein in den 'Mutterländern' erschüttert. Sie hat auch einen Schlag gegen das Hinterland des Imperialismus, gegen seine Peripherie geführt, und die Herrschaft des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern untergraben....Das bedeutet, daß die Oktoberrevolution eine neue Epoche eingeleitet hat, die Epoche der kolonialen Revolutionen, die in den unterdrückten Ländern der Welt im Bunde mit dem Proletariat und unter der Führung des Proletariats durchgeführt werden.

3. Die Oktoberrevolution, die die Saat der Revolution sowohl in den Zentren des Imperialismus als auch in seinem Hinterlande ausstreute, die Macht des Imperialismus in den 'Mutterländern' schwächte und seine Herrschaft in den Kolonien erschütterte, hat dadurch die Existenz des Weltkapitalismus als Ganzes in Frage gestellt....Das bedeutet vor allem, daß die Oktoberrevolution dem Weltkapitalismus eine tödliche Wunde geschlagen hat, von der er sich nie mehr erholen wird....Das bedeutet zweitens, daß die Oktoberrevolution die Kraft und die Bedeutung, den Mut und die Kampfbereitschaft der unterdrückten Klassen der ganzen Welt auf eine bestimmte Höhe gehoben und die herrschenden Klassen gezwungen hat, mit ihnen als mit einem neuen, ernsten Faktor zu rechnen....- Die Ära der 'Stabilität' des Kapitalismus ist vorbei, und mit ihr auch die Legende von der Unerschütterlichkeit der bürgerlichen Ordnung. Angebrochen ist die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

4. Die Oktoberrevolution ist nicht nur eine Revolution auf dem Gebiete der ökonomischen und gesellschaftlich-politischen Beziehungen. Sie ist zugleich eine Revolution in den Köpfen, eine Revolution in der Ideologie der Arbeiterklasse....Die Oktoberrevolution, die zwischen der Sozialdemokratie und dem Marxismus eine Trennungslinie zog, hatte weiter zur Folge, daß die Sozialdemokratie im Lager der direkten Verteidiger des Kapitalismus gegen die erste prole-

tarische Diktatur der Welt landete....Angebrochen ist die Ära der Herrschaft des Leninismus und der III. Internationale."(1)

Der imperialistische Friede

Es bestätigte sich die Lehre Lenins, daß ohne revolutionäre Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses aus dem imperialistischen Krieg nur ein imperialistischer Friede hervorgehen kann, nichts als eine Atempause vor einem neuen Krieg. „Wie ein jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit Mitteln der Gewalt ist, nämlich derjenigen Politik, welche von den kriegführenden Staaten und ihren herrschenden Klassen lange Jahre, manchmal Jahrzehnte vor dem Krieg geführt wurde, so kann auch der einen jeden Krieg abschließende Frieden nur eine Registrierung der tatsächlichen Machtverschiebungen sein, die im Verlauf und im Ergebnis des Krieges erreicht wurden....Solange die Grundpfeiler der heutigen, der bürgerlichen gesellschaftlichen Beziehungen fortbestehen, kann ein imperialistischer Krieg nur zu einem imperialistischen Frieden führen, d.h. zur Festigung, Erweiterung und Verstärkung der Unterdrückung der schwachen Nationen und Länder durch das Finanzkapital, das nicht nur vor dem Krieg, sondern auch im Verlauf des Krieges einen riesenhaften Aufschwung nahm."(2)

Auf dem II. Kongreß der Komintern (1920) zeichnete Lenin das Bild der Welt, wie es sich nach dem 1. imperialistischen Krieg gestaltete, und sagte: „Einundeinviertel Milliarden Unterdrückter in den Kolonien - in Ländern, die man bei lebendigem Leibe zerstückelt wie Persien, die Türkei und China, oder in Ländern, die besiegt und in die Lage von Kolonien versetzt worden sind. Nicht mehr als eine viertel Milliarde Menschen in den Ländern, die ihre alte Stellung behalten haben. Aber sie alle sind in wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika geraten und befanden sich während des Krieges alle in militärischer Abhängigkeit. Denn der Krieg hatte die ganze Welt ergriffen und erlaubte es keinem einzigen Staat, wirklich neutral zu bleiben. Und schließlich nicht mehr als eine viertel Milliarde Einwohner in den Ländern, die - selbstverständlich nur die Oberschicht, nur die Kapitalisten - von der Aufteilung der Erde profitieren. Zusammengerechnet ergibt das etwa 1¾ Milliarden und somit die Gesamtbevölkerung des Erdballs. Ich wollte Ihnen dieses Weltbild in Erinnerung rufen, weil alle grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus, des Imperialismus, die zur Revolution führen, weil alle grundlegenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die zu dem erbitterten Kampf gegen die II. Internationale geführt haben, wovon der Genosse Vorsitzende hier sprach - weil all dies mit der Teilung der Bevölkerung des Erdballs zusammenhängt.

Natürlich geben diese Zahlen nur in groben Umrissen ein Bild der Weltwirtschaft. Und selbstverständlich, Genossen, ist auf Grund dieser Teilung der Bevölkerung des ganzen Erdballs die Ausbeutung durch das Finanzkapital, durch die kapitalistischen Monopole um ein Vielfaches gestiegen."(3)

Es verschärften sich die zwischenimperialistischen Widersprüche und bildeten sich neue Gegensätze heraus.

Welches waren die Gegensätze im imperialistischen Lager nach dem Ende des 1. Weltkrieges? Lenin stellte dazu fest:

„Der erste Gegensatz, der uns am nächsten angeht, sind die Beziehungen Japans und Amerikas. Ein Krieg bereitet sich zwischen ihnen vor....Diese Rivalität entspringt unstreitig den beiderseitigen kapitalistischen Besonderheiten....Die Erde ist aufgeteilt. Japan hat kolossal viel Kolonien an sich gerissen....und ist wirtschaftlich verhältnismäßig schwach. Amerika....besitzt gar keine Kolonien, obwohl es um ein vielfaches reicher ist als Japan. Japan hat China an sich gerissen....Wie kann es diese Beute festhalten? Es wäre lächerlich, zu glauben, der stärkere Kapitalismus werde dem schwächeren nicht alles entreißen, was dieser zusammengeraubt hat....Ein anderer Gegensatz ist der zwischen Amerika und der ganzen übrigen kapitalistischen Welt. Fast die ganze kapitalistische Welt der 'Sieger' hat sich am Krieg ungeheuer bereichert. Amerika ist stark, an Amerika sind jetzt alle verschuldet, von ihm hängt alles ab. Der Haß gegen Amerika wird immer größer, es plündert alle aus....Der dritte Gegensatz ist der Gegensatz zwischen der Entente und Deutschland. Deutschland ist besiegt, vom Versailler Vertrag erdrückt; es verfügt aber über ungeheure ökonomische Möglichkeiten. Deutschland ist seiner wirtschaftlichen Entwicklung nach das zweite Land der Welt, wenn man Amerika als das erste betrachtet....Deutschland ist eines der stärksten und fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, es kann den Versailler Vertrag nicht ertragen und muß sich nach einem Verbündeten gegen den Weltimperialismus umsehen, obwohl es selber ein imperialistisches Land ist, das jedoch niedergehalten wird."(4)

(1) Stalin, Fragen des Leninismus, S. 215 - 223
(2) Lenin, Werke Bd. 22 (LW 22), S. 172
(3) LW 31, S. 206

Einig waren sich die Imperialisten einzig in ihrem Haß gegen die sozialistische Sowjetunion. So starteten sie denn auch eine Intervention gegen die Sowjetunion, die jedoch scheiterte. Die Entente-Mächte bedienten sich dabei auch der Konterrevolution in der Sowjetunion selber. Im vaterländischen Krieg gegen die ausländischen Eroberer und die weißgardistische Konterrevolution zerschlug die Sowjetrepublik und die Rote Armee die Intervention (1918-20). Deutlich zeigte sich die Einigkeit der Imperialisten über die „russische Frage" auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, die ein militärisches Interventionsprogramm gegen die Sowjetunion beschloß.

Das bereits erwähnte Versailler Friedensdiktat ist ein besonders krasser Ausdruck der imperialistischen Raubfriedens (1919): Es sah eine weitreichende Einmischung der Siegerstaaten in innerdeutsche Angelegenheiten vor, tastete aber nicht die ökonomische Grundlage des deutschen Imperialismus an. Der Versailler Vertrag barg den Keim eines neuen Krieges in sich, denn er unterdrückte einen ökonomisch starken imperialistischen Staat, versuchte aber dennoch, ihn als Sturmbock gegen die Sowjetunion zu erhalten.

Auch bei der Gründung des Völkerbundes (1919) traten die zwischenimperialistischen Widersprüche scharf zutage: Die US-Imperialisten versuchten, eine solche Satzung durchzubringen, die ihr ein Eindringen in das britische und das französische Kolonialreich gestattete, während sich Großbritannien ein Instrument schaffen wollte, daß der Erhaltung seines Kolonialreiches diente.

Zusammenfassend können wir sagen, daß nach dem Ende des 1. Weltkrieges folgende grundlegende Widersprüche die internationale Lage und ihre Entwicklung bestimmten:

- der Widerspruch zwischen Proletariat und Borgeoisie in den imperialistischen Ländern, der nach seiner Auflösung durch die proletarische Revolution drängte,
- der Widerspruch zwischen den unterjochten Völkern und dem Imperialismus und Kolonialismus; der nationalen Befreiung und antiimperialistischen Revolution eröffneten sich weitreichende Möglichkeiten und wirkliche Wege,
- der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern und der sozialistischen Sowjetunion, auf die sich der Haß sämtlicher Imperialisten und Reaktionäre konzentrierte, erschütterte sie doch ihre Herrschaft,
- die zwischenimperialistischen Widersprüche, denen das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder zugrunde liegt sowie das Gesetz, daß „für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie" (Lenin) ist.

Die internationale Entwicklung bis zum Ende der 20er Jahre

Anfang bis Mitte der 20er-Jahre gelang es dem Kapitalismus aus der Nachkriegskrise herauszukommen und eine Periode der „Stabilisierung" begann. Die Periode des revolutionären Aufschwungs im Zentrum Europas ging zu Ende und es begann die Periode der Ebbe der Revolution, die Periode der Sammlung der Kräfte, der Formierung und Ausbildung der proletarischen Armee unter dem Banner des Kommunismus. Zur gleichen Zeit erstarkte die Sowjetunion immer mehr: Infolge der korrekten Politik der NÖP gelang es, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und zur Industrialisierung des Landes überzugehen; auch konnte die schwierige Situation nach dem Tode Lenins (1924) überwunden werden, die Partei schloß sich eng um das ZK mit Genossen Stalin an der Spitze zusammen und brachte der Opposition Sinowjews-Kamenews eine Niederlage bei, wodurch die Diktatur des Proletariats gestärkt wurde.

Wenngleich die Tatsache einer 'Stabilisierung' des Kapitalismus bestand, verschärften sich sämtliche Widersprüche ständig. Somit verstärkte sich die allgemeine Krise des Weltkapitalismus, was durch das Bestehen und Gedei-

(4) LW 31, S. 438 - 446

hen der Sowjetunion noch vertieft wurde.

Auf dem XV. Parteitag der KPdSU faßte Stalin im Rechenschaftsbericht die internationale Lage folgendermaßen zusammen (1927):

„Erstens das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Welt; die für den Imperialismus bestehende Notwendigkeit einer Neuaufteilung der Welt durch einen Krieg; die Interventionstendenzen eines Teils der kapitalistischen Welt mit England an der Spitze; die Abgeneigtheit eines andern Teils der kapitalistischen Welt, sich in einen Krieg mit der UdSSR verwickeln zu lassen, da er es vorzieht, wirtschaftliche Beziehungen mit ihr anzubahnen; der Kampf dieser beiden Tendenzen und eine gewisse Möglichkeit für die UdSSR, diese Widersprüche zwecks Aufrechterhaltung des Friedens in Rechnung zu stellen. Zweitens die zerbröckelnde Stabilisierung; das Ansteigen der revolutionären Bewegung in den Kolonien; die Anzeichen eines neuen revolutionären Aufschwungs in Europa; das Anwachsen der Autorität der Komintern und ihrer Sektionen in der ganzen Welt; das unverkennbare Anwachsen der Sympathie der Arbeiterklasse Europas für die UdSSR; die wachsende Stärke der UdSSR und die sich festigende Autorität der Arbeiterklasse unseres Landes unter den unterdrückten Klassen der ganzen Welt.“(5)

Was die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges betrifft, führte Stalin in einem Artikel aus, daß es „sich nicht um irgendeine unbestimmte, nicht greifbare 'Gefahr' eines neuen Krieges (handelt). Es handelt sich um die reale und wirkliche Gefahr eines neuen Krieges überhaupt, eines Krieges gegen die UdSSR im besonderen. Die im Ergebnis des letzten imperialistischen Krieges vorgenommene Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären ist bereits 'veraltet'. Einige neue Länder sind in den Vordergrund getreten (Amerika, Japan). Einige alte Länder (England) treten in den Hintergrund. Das kapitalistische Deutschland, das, wie es schien, in Versailles bereits zu Grabe getragen worden war, lebt auf, entwickelt sich und gewinnt immer mehr an Kraft. Das bürgerliche Italien, das neiderfüllt auf Frankreich blickt, drängt empor. Ein wütender Kampf um die Absatzmärkte, um Märkte für Kapitalsausfuhr, um die See- und Landwege zu diesen Märkten, um eine abermalige Aufteilung der Welt ist im Gange. Es wachsen die Gegensätze zwischen Amerika und England, zwischen Japan und Amerika, zwischen England und Frankreich, zwischen Italien und Frankreich....Kein Wunder, daß der Imperialismus zu einem neuen Krieg rüstet, da er in ihm den einzigen Weg zur Überwindung dieser Krise erblickt. Das beispiellose Anwachsen der Rüstungen, der allgemeine Kurs der bürgerlichen Regierungen auf faschistische 'Regierungs'methoden, der Kreuzzug gegen die Kommunisten, die wüste Hetze gegen die UdSSR, die direkte Intervention in China - das alles sind verschiedene Seiten ein und derselben Erscheinung: Der Vorbereitung zu einem neuen Krieg für eine abermalige Neuaufteilung der Welt.“(6)

Der VI.Weltkongreß der Komintern

Vor diesem Hintergrund fand der VI. Weltkongreß der Komintern (1928) statt. In Zusammenhang mit dem Programm der Komintern verabschiedete der Kongreß die programmatische Resolution „Der Kampf gegen den Imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten.“ In der Resolution wurde eine Einschätzung der internationalen Lage vorgenommen, und die Stellung des Proletariats zum Krieg festgelegt, die Stellung des Proletariats zur Armee, zur Abrüstungsfrage; weiters wurden der Kampf gegen den Pazifismus als wichtige Aufgabe definiert und Mängel in der bisherigen Arbeit der kommunistischen Parteien aufgedeckt.

Die Resolution stellte fest, daß „die Veränderungen in der Weltlage seit dem V. Weltkongreß gekennzeichnet sind durch die gewaltige Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus, durch die große ökonomische und politische Stärkung der Sowjetunion, durch das rasche Wachsen der national-revolutionären Bewegungen in den Kolonien und Halbkolonialländern. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten im Kampf um die Märkte treten immer schärfer hervor.“(7)

Die Resolution bewies die rasch wachsende Gefahr eines neuen Weltkrieges, auf den sämtliche imperialistischen Mächte durch ihre Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zusteuerten. Die Resolution analysierte den Zusammenhang von Militarisierung, Kriegsvorbereitung und Faschisierung des Staatsapparates im Inneren, von Aggression nach außen und Herstellung eines „befriedeten Hinterlandes“ durch die Verstärkung der Reaktion nach innen. Die Resolution verwies auf die Notwendigkeit, entschieden gegen den imperialistischen Pazifismus, besonders gegen die Friedens- und Entspannungstiraden der Reformisten und gegen die indirekte Kriegsunterstützung durch die trotzkistische antisowjetische Hetze zu kämpfen. Die Resolution ging aber auch über die Analyse der aktuellen Lage und der daraus resultierenden Aufgaben hinaus und bekräftigte die Allgemeingültigkeit von Lenins Lehren über den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Krieg und Revolution und brandmarkte die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg als Verrat am Marxismus-Leninismus und an der Revolution.

Als wichtigste Aufgaben im Kampf gegen den imperialistischen Krieg vor seinem Ausbruch nannte die Resolution:

- der schonungslose Kampf gegen alle Spielarten des Pazifismus und die rechtzeitige Widerlegung und Bekämpfung der verschiedenen Kriegsrechtfertigungen der Bourgeoisie, insbesondere durch die Parole der „Vaterlandsverteidigung“
- die Berücksichtigung und Darlegung der gewaltigen Schwierigkeiten, die der Krieg für den Kampf des Proletariats mit sich bringt
- die eingehende Auseinandersetzung und Aneignung der Erfahrungen des 1. Weltkriegs und der Taktik, die die Bolschewiki erfolgreich angewandt hatten.

Als wichtigste Aufgaben im Kampf während des imperialistischen Krieges nannte die Resolution eben „dasselbe Programm, das die Partei der Bolschewiki unter der Führung Lenins in ihrem historischen Kampf gegen den ersten imperialistischen Weltkrieg ausgearbeitet und angewandt hatten. Es besteht aus folgenden Hauptpunkten:

a) Ablehnung der 'Vaterlandsverteidigung' in diesem Krieg....
b) Defaitismus, d.h. Förderung der Niederlage der eigenen Bourgeoisie in diesem Krieg
c) Wirklicher Internationalismus....
d) Umwandlung des Krieges der imperialistischen Staaten in den Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie....
e) Ein 'demokratischer' oder 'gerechter' Frieden im imperialistischen Krieg ist unmöglich ohne den Sturz der Bourgeoisie und die Machtergreifung des Proletariats in den wichtigsten kriegführenden Staaten. Daher kann nicht der Frieden, sondern nur die proletarische Revolution die zentrale Parole sein....“(8)

Völlig eindeutig erklärte die Resolution:

„Es muß schon jetzt die Arbeit aufgenommen werden, um klarzumachen, warum die Arbeiter im kommenden Krieg für die Niederlage des imperialistischen Vaterlandes eintreten müssen. Die Losung 'Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg' muß schon gegenwärtig, vor Ausbruch des Krieges, die Leitidee unserer Propaganda sein.“(9) Die programmatische Resolution erwies sich als tiefgehende Zusammenfassung aller bis dahin gemachten Erfahrungen, aller Lehren Lenins über die Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, und stellte eine Anleitung dieses Kampfes bis in alle Einzelheiten dar. Diese Resolution und die ihr zugrundeliegende Einschätzung der internationalen Lage und des Charakters des kommenden Krieges boten eine ausgezeichnete Grundlage und Leitlinie für die Kommunistischen Parteien, um den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen. So stellte 1929 das 10. Plenum des EKKI fest, „daß die Entwicklung der Ereignisse seit dem VI. Weltkongreß voll und ganz die vom VI. Kongreß gegebene Analyse der wirtschaftlichen und politischen Weltlage sowie die Richtigkeit der von ihm für die internationale kommunistische Bewegung festgelegten Linie bestätigt hat.“(10)

Auch der 1935 stattfindende VII. Weltkongreß bekräftigte die Richtigkeit und Bedeutung der Richtlinien des VI. Weltkongresses: „Der VI.-Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat auf Grund der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin über den Krieg die Aufgaben der kommunistischen Parteien und des revolutionären Proletariats ausgearbeitet....Der VII.. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt die Beschlüsse des VI. Kongresses über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.“(11)

(5) Stalin, Gesammelte Werke Bd. 1o (SW 10), S 251 f.
(6) SW 9, S. 278 f.
(7) Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten, Resolution des VI. Weltkongresses der Komintern; Nachdruck der Liebknechtvereinigung, Berlin 1975, S. 20
(8) ebenda, S 32 f.
(9) ebenda, S. 63
(10) zitiert aus: Faschismusanalyse und Antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923 - 1945, Verlag Jürgen Sendler, S. 134
(11) Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 1001

Die Widersprüche verschärfen sich

1929 setzt die Weltwirtschaftskrise ein. Die Krise zeichnet sich dadurch aus, daß sie eine Überproduktionskrise ist, daß zum erstenmal seit dem Krieg die Krise eine weltumspannende Wirtschaftskrise ist, daß sie sich trotz ihres allgemeinen Charakters ungleichmäßig entwickelt, und die verschiedenen Länder zu verschiedener Zeit und mit verschiedener Stärke erfaßt, daß sie sich auf der Basis der allgemeinen Krise des Kapitalismus entfaltet. Damit treten große Veränderungen ein. Auf dem XVI. Parteitag der KPdSU (1930) analysiert Stalin diese Veränderungen: „Das wichtigste Resultat der Weltwirtschaftskrise ist die Bloßlegung und Verschärfung der dem Weltkapitalismus innewohnenden Gegensätze.
a) Es entblößen und verschärfen sich die Gegensätze zwischen den wichtigsten imperialistischen Ländern, der Kampf um die Absatzmärkte, der Kampf um die Rohstoffe, der Kampf um den Kapitalexport. Heute gibt sich keiner der kapitalistischen Staaten mehr mit der alten Aufteilung der Einflußsphären und Kolonien zufrieden. Sie sehen, daß sich das Kräfteverhältnis geändert hat und in Übereinstimmung damit müssen die Absatzmärkte, die Rohstoffquellen, die Einflußsphären usw. neu verteilt werden. Der wichtigste dieser Gegensätze ist der Gegensatz zwischen den USA und England....Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Zusammenhang mit der sich entfaltenden Krise der Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffe und Kapitalausfuhr mit jedem Monat, mit jedem Tag stärker werden wird. Die Mittel des Kampfes sind Zollpolitik, billige Waren, billiger Kredit, Umgruppierung der Kräfte und neue militärisch-politische Bündnisse, zunehmende rüstungen, Vorbereitung zu neuen imperialistischen Kriegen und schließlich - der Krieg....Das bedeutet, daß die Kriegsgefahr in beschleunigtem Tempo wachsen wird....
b) Es entblößen sich und werden sich weiter verschärfen die Gegensätze zwischen den Siegerländern und den besiegten Ländern. Unter den letzteren meine ich insbesondere Deutschland....
c) Es entblößen sich und verschärfen sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den kolonialen und abhängigen Ländern....
d) Entblößt und verschärft haben sich die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in den kapitalistischen Ländern....
Wovon zeugen alle diese Tatsachen?
Davon, daß die Stabilisierung des Kapitalismus ihrem Ende entgegengeht.
Davon, daß der Aufschwung der revolutionären Massenbewegung mit neuer Kraft weitergehen wird. Davon, daß die Weltwirtschaftskrise in einer Reihe von Ländern in eine politische Krise umschlagen wird. Das bedeutet erstens, daß die Bourgeoisie den Ausweg aus der Lage auf dem Gebiet der Innenpolitik in weiterer Faschisierung suchen wird, wozu sie alle reaktionären Kräfte, darunter auch die Sozialdemokratie, benutzen wird. Das bedeutet zweitens, daß die Bourgeoisie den Ausweg auf dem Gebiet der Außenpolitik in einem neuen imperialistischen Krieg suchen wird. Das bedeutet schließlich, daß das Proletariat im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Kriegsgefahr den Ausweg in der Revolution suchen wird."(12)

Genauso entwickelte sich die Lage auch. 1932 überfiel der japanische Imperialismus die Mandschurei und bereiteten den Überfall auf Nordchina und auf die Sowjetunion vor. Um freie Hand zu bekommen, trat Japan aus dem Völkerbund aus und rüstete intensiv auf. Die USA, England und Frankreich antworteten darauf mit der Verstärkung der Seerüstung im Fernen Osten. Damit bildete sich im Fernen Osten der erste Kriegsherd heraus. In Deutschland kam der Faschismus 1933 an die Macht, die NSDAP, die extremste Revanchepartei. Deutschland trat aus dem Völkerbund aus und bereitete den Krieg zur gewaltsamen Revision der Grenzen vor. So entstand in Europa der zweite Kriegsherd.

Unter Berücksichtigung all dessen erklärte Stalin auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (1934): „Es geht offensichtlich einem neuen Krieg entgegen."(13) Nachdem er die Kriegspläne der Bourgeoisie analysiert hat, schreibt er weiter: „Während aber die Bourgeoisie den Weg des Krieges wählt, beschreitet die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die durch die vierjährige Krise und die Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung gebracht worden ist, den Weg der Revolution. Das bedeutet, daß die revolutionäre Krise heranreift und weiter heranreifen wird. Und die revolutionäre Krise wird umso schneller heranreifen, je mehr sich die Bourgeoisie in ihren Kriegskombinationen verstrickt, je öfter sie zu terroristischen Kapfmethoden gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern greift."(14)

Die Bourgeoisie muß sich ein festes Hinterland schaffen, um ihre Politik der Ausplünderung der Massen und der Kriegsvorbereitungen durchführen zu können. Sie greift immer mehr zum Faschismus. In Deutschland und Österreich ist der Faschismus bereits an der Macht, in den andern kapitalistischen Ländern wächst die faschistische Gefahr stetig. Diese Entwicklung muß von den kommunistischen Parteien berücksichtigt werden bei der Festlegung ihrer Taktik. Georgi Dimitroff schreibt im November 1934 in der Prawda einen Artikel, „Der Kampf um die Einheitsfront", in dem es heißt: „Die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern begreifen mehr und mehr, daß es notwendig ist, ihre heute gespaltenen Kräfte wieder zu vereinen und die Initiative der kommunistischen Parteien zur Schaffung der Einheitsfront immer mehr zu unterstützen. Die Frage der proletarischen Einheitsfront wird zur zentralen Frage und erstrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung in allen Ländern."(15) Und was ist das Ziel dieser Einheitsfront? „....die Schaffung und Festigung der proletarischen Einheitsfront ist jetzt das Hauptkettenglied in der Vorbereitung der proletarischen Weltrevolution."(16)

Der VII. Weltkongreß der Komintern

Vom 25. Juli bis 20. August 1935 findet der VII. Weltkongreß der Komintern statt. Neben dem Rechenschaftsbericht des Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), der von Wilhelm Pieck vorgetragen wurde, behandelte der Kongreß hauptsächlich die Fragen Faschismus und Kriegsgefahr. Die betreffenden Referate wurden von G. Dimitroff und Ercoli gehalten. Der Kongreß faßte dazu weitreichende historische Beschlüsse. Bei der Erarbeitung der neuen Aufgaben der Kommunistischen Parteien ging der Kongreß von einer gründlichen Analyse der internationalen Lage und des internationalen Kräfteverhältnisses, das sich bis 1935 herausgebildet hatte, aus. Der Kongreß bekräftigte die Richtlinien des VI.-Weltkongresses und stellte sich ausdrücklich in die revolutionäre Tradition Lenins. So heißt es in der Resolution zum Bericht Ercolis: „Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beruft sich bei der Festlegung der Aufgaben der kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse für den Fall des Krieges auf die von Lenin und Rosa Luxemburg aufgestellte und vom Stuttgarter Kongreß der II. Internationale der Vorkriegszeit zum Beschluß erhobenen These: 'Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.'"(17)

Zu Beginn seines Referates „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale" stellte Ercoli fest: „Der VI. Weltkongreß hat im Jahre 1928 die Generallinie unseres Kampfes gegen den Krieg in allen Einzelheiten ausgearbeitet....Es gibt keinen Krieg schlechthin für die Marxisten, sondern es gibt konkrete Kriege, deren Charakter durch die gegebene historische Periode, durch das gegenseitige Verhältnis der Klassenkämpfe in der ganzen Welt und insbesondere in den kriegführenden Ländern bestimmt wird. Wenn sich der Charakter der historischen Periode wandelt oder zu wandeln beginnt, wenn sich die Klassenverhältnisse radikal verändern, stellt sich auch das Problem des Krieges anders dar; und weil neue Elemente einwirken, tauchen neue taktische Probleme bei der Anwendung der neuen Linie auf....Deshalb glaube ich, daß die Aufgabe unseres Kongresses bei der Erörterung der Probleme des Krieges und des Kampfes gegen den Krieg nicht darin besteht, zu wiederholen, was auf dem VI. Weltkongreß bereits gesagt und getan wurde, sondern darin, alle neuen Elemente sorgfältig zu untersuchen und zu analysieren....aus dieser Analyse alle Schlußfolgerungen für die Festlegung unserer Aufgaben und für die Aufstellung unserer Perspektive zu ziehen."(18)

(12) SW 12, S. 217 - 223
(13) SW 13, S. 260
(14) SW 13, S. 265 f.
(15) Georf Dimitroff, Ausgewählte Schriften 1933 - 1945, Verlag Rote Fahne, S. 82
(16) ebenda, S. 85
(17) Protokoll des VII. Weltkongresses..., S. 1004
(18) ebenda, S 749

Um die Gruppierung der Klassenkräfte auf der internationalen Arena und der daraus resultierenden Aufgaben bestimmen zu können, stellte der Kongreß fest, daß folgende grundlegenden Veränderungen in der Weltlage eingetreten waren:

„a) Der endgültige, unwiderrufliche Sieg des Sozialismus im Lande der Sowjets....
b) Die größte Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus....
c) Die Offensive des Faschismus, der Machtantritt der Faschisten in Deutschland, das Wachstum der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges und eines Überfalles auf die Sowjetunion, worin die kapitalistische Welt einen Ausweg aus der Sackgasse ihrer Widersprüche sucht.
d) Die politische Krise....
e) Die Revolutionierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt.... Der mächtige Drang der internationalen Arbeiterklasse zur Aktionseinheit wächst an. Die revolutionäre Bewegung in den Kolonialländern sowie die Sowjetrevolution in China breiten sich aus. Das Verhältnis der Klassenkräfte im Weltmaßstab ändert sich immer mehr in der Richtung des Anwachsens der Kräfte der Revolution.

In dieser Situation sucht die herrschende Bourgeoisie immer mehr ihre Rettung im Faschismus, in der Aufrichtung der offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, um außergewöhnlich Maßnahmen zur Ausplünderung der Werktätigen durchzuführen, den imperialistischen Raubkrieg, den Überfall auf die Sowjetunion vorzubereiten, China zu versklaven und aufzuteilen und durch alle diese Maßnahmen die Revolution abzuwenden."(19) Auf jeden Fall aber waren die Aussichten für die Revolution glänzend. Im Bericht „Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale" sagte W.Pieck: „Die Entfesselung des Krieges durch die Imperialisten wird den Beginn der revolutionären Krise in der ganzen kapitalistischen Welt bedeuten. Die Aufgabe der Proletarier der ganzen Welt wird sein, zusammen mit der Roten Armee um den Sieg der Revolution, um die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Wie auch die Entwicklung weiter verlaufen mag - sie treibt zur Revolution."(20)

Das Referat von ercoli verdient besondere Beachtung, denn es ist ein Musterbeispiel marxistisch-leninistischer Analyse und Erarbeitung der kommunistischen Taktik in einer konkreten Situation.

Um den Charakter des drohenden Weltkrieges zu bestimmen, muß zuerst analysiert werden, welches die Triebfedern sind, die diesen Krieg auf die Tagesordnung setzen, weshalb die Bourgeoisie zum Mittel des Krieges zu greifen beginnt, welches Problem durch diesen Krieg gelöst werden soll. „Eine Stabilität in den gegenseitigen Beziehungen der kapitalistischen Großmächte hat es niemals gegeben und kann es nicht geben. Dies findet seine Erklärung in dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung."(21) Dies Gesetz äußert sich darin, daß die zurückgebliebenen Länder gezwungen sind (Zwangsgesetze der Konkurrenz), ihre Entwicklung zu beschleunigen und ihr Niveau dem der fortgeschrittenen Länder anzugleichen. Damit entsteht die Möglichkeit, daß die einen Länder die andern überholen und sie von den Märkten verdrängen, was die Voraussetzungen für kriegerische Auseinandersetzungen schafft. Mit dem Einsetzen der Krise verschärft sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus gewaltig. Natürlich ruft das ständig Störungen im politischen Gleichgewicht hervor. Auch die fortschreitende Konzentration des Kapitals und der Monopole trägt zur Steigerung der Aggressivität der Bourgeoisie bei. „So bildet sich in der ganzen Welt die Situation eines regelrechten Wirtschaftskrieges heraus, als Auftakt und Vorbereitung zu dem mit Waffen auszutragenden Krieg."(22)

Genau diese Entwicklung, die unter dem Ansturm der Krise erfolgten starken Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den imperialistischen Großmächten, waren die unmittelbaren Ursachen für die Unterhöhlung und Liquidierung des Systems der Nachkriegsverträge (Versailles, Washington). Die Neuaufteilung der Welt war auf die Tagesordnung gekommen. „Das Ende der Systeme von Versailles und Washington bedeutet den Bankrott des heuchlerischen bürgerlichen Pazifismus, bedeutet, daß die Unsicherheit in den internationalen Beziehungen ihren höchsten Grad erreicht hat, bedeutet den Übergang zu einem schwindelerregenden Rüstungsfieber. Ein neuer imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt steht nicht nur unmittelbar bevor, wird nicht nur in allen Einzelheiten von jeder imperialistischen Macht vorbereitet, sondern kann von einem Tag auf den andern

(19) VII.Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Dietz-Verlag, S. 303 f.
(20) ebenda, S. 88
(21) Protokoll des VII.Weltkongresses..., S. 749 f.
(22) ebenda, S. 752

entbrennen und uns plötzlich überfallen."(23)

Dies festgestellt, gilt es aufzuzeigen, von welcher Seite her die Kriegsgefahr konkret droht, wer die Hauptkriegstreiber sind. Ercoli nennt Japan „die aggressivste imperialistische Macht, die fieberhaft den Krieg vorbereitet"(24). „Das Ziel, das das imperialistische Japan verfolgt und zu dem sich seine Staatsmänner offen bekennen, ist die Aufrichtung seiner Hegemonie nicht nur im Fernen Osten, sondern sowohl in ganz Ostasien als auch an der Westküste des Stillen Ozeans. Um dieses Ziel zu erreichen, muß sich Japan vor allem für die Schwerindustrie eine Rohstoffbasis schaffen, die ihm heute fehlt und die es sich dadurch zu sichern gedenkt, daß es sich mit Gewalt des sowjetischen Fernen Ostens und der reichsten chinesischen Provinzen zu bemächtigen versucht. Der Krieg gegen die Sowjetunion ist für die japanischen Militaristen also die erste Etappe der japanischen Hegemonie im Gebiet des Stillen Ozeans. Die japanischen Militaristen mußten die Mandschurei und Nordchina besetzen, um ein Aufmarschgebiet für den Angriff auf die Sowjetgrenzen zu haben und den Armeen, die diesen Angriff führen werden, ein tiefes Hinterland zu sichern."(25) Weiters stellt Ercoli fest, daß der Vorstoß des Faschismus in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen steht, daß die faschistische Diktatur eine der Formen der Organisierung des Hinterlandes der Bourgeoisie für einen neuen Krieg darstellt. Er kennzeichnet den deutschen Faschismus als den Hauptkriegstreiber und stellt fest: „Durch Konzentrierung des Feuers unseres Kampfes gegen den Hauptfeind des Friedens, gegen den deutschen Faschismus - was uns nicht hindert, einen unversöhnlichen Kampf gegen den 'eigenen' Imperialismus und die extremen Kriegsparteien der mit dem deutschen Faschismus verbundenen kapitalistischen Länder zu führen -, erfüllen wir unsere Rolle als rückhaltlose Verteidiger aller Freiheiten und Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Werktätigen und verteidigen zugleich die nationale Freiheit."(26)

Sind nun aber die andern imperialistischen Länder friedlich? Keineswegs. „Die Gegensätze zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind die tiefsten von allen die kapitalistische Welt zerfleischenden Gegensätze, da sie im Weltmaßstab in Erscheinung treten, da diese beiden Länder in allen Teilen der Welt aneinanderstoßen und da das Ziel, dem der amerikanische Imperialismus zwangsläufig zustrebt, die Untergrabung der Vormachtstellung Englands in den Kolonien und zur See ist."(27) Man muß aber die Haltung dieser Länder zum Krieg differenziert betrachten. Die USA setzen sich keine unmittelbaren Eroberungsziele, da sie an Zeitgewinn interessiert sind, um ihre Position zu stärken. Sie wollen einen bewaffneten Zusammenstoß vorerst möglich hinausschieben und bauen in aller Stille ihre Armee und insbesondere die Flotte aus. England hingegen hat eine ganz andere Haltung. „Man kann die Politik Englands nicht begreifen, wenn man sich nur auf die alleinige Hervorhebung des Unterschieds beschränkt, der zwischen den Ländern besteht, die spät in den imperialistischen Konkurrenzkampf eingetreten sind, und jenen, die Kolonialbesitzungen zu erobern vermochten, und daraus den voreiligen Schluß zieht, erstere seien für den Krieg, letztere für den Frieden. Die Sache ist nicht so einfach. England, das zweifellos das größte Kolonialreich ist, betreibt durchaus keine Friedenspolitik. Erstens erfordert die Verteidigung eines Reiches, das sich über alle Kontinente erstreckt, das Eingreifen in die auflodernden oder heranreifenden Konflikte selbst in den entferntesten Winkeln, in den verschiedenen Zonen....Zweitens ist die englische Bourgeoisie die Wortführerin bei der Unterdrückung der Befreiungsbewegung der Kolonialvölker, ebenso wie die deutschen Faschisten die Wortführer bei der Errichtung der offenen Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse sind....Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Unterstützung, die dem deutschen Faschismus durch die reaktionärsten Kreise der englischen Bourgeoisie gewährt wird, nichts anderes darstellt als eine Unterstützung - eine direkte oder indirekte - zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion....Wir haben hier ein klassisches Beispiel der ständigen Tendenz der imperialistischen Länder, ihre Gegensätze durch Organisierung der Intervention gegen die Sowjetunion auszutragen. Die englische reaktionäre Bourgeoisie hält es für möglich, den ihre Positionen bedrohenden Vorstoß des deutschen und des japanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion 'zu lenken'....Die englische Bourgeoisie führt durch ihre Zugeständnisse und die Unterstützung, die sie den Kriegsbrandstiftern gewährt, die Beschleunigung eines neuen Weltkrieges herbei..."(28) Eine andere Rolle wiederum spielt Frankreich: Die französische Bourgeoisie sieht ihren territorialen Besitzstand durch den Vorstoß des deutschen Faschismus bedroht und ist an der Aufrechterhaltung des Status Quo interessiert, es bekennt sich deshalb

(23) ebenda, S. 755
(24) ebenda, S. 758
(25) ebenda, S. 758
(26) ebenda, S. 765
(27) ebenda, S. 765 f.
(28) ebenda, S. 766 f.

zur Verteidigung des Friedens. Die Schlußfolgerungen, die Ercoli aus dieser Analyse der innerimperialistischen Beziehungen zieht, sind folgende:

„1. Der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Welt des Sozialismus bleibt nach wie vor der tiefste Gegensatz des gegenwärtigen geschichtlichen Zeitabschnittes.

2. Dieser Gegensatz kommt heute besonders kraß darin zum Ausdruck, daß die Imperialisten zweier Großmächte - Deutschlands und Japans - offen zum Krieg gegen die Sowjetunion aufrufen und bemüht sind, einen Block reaktionärer und faschistischer Staaten zur Vorbereitung und Führung dieses Krieges zu schaffen; diese Bemühungen werden von den reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie des größten imperialistischen Landes, Großbritannien, unterstützt und gefördert.

3. Die aggressive Politik des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus führt unvermeidlich zu einer neuen Verschärfung aller internationalen Gegensätze, gleichzeitig aber auch zu einer Differenzierung in der Politik der imperialistischen Großmächte, von denen einige an der Verteidigung des Status Quo und an einer zeitweiligen, bedingten Verteidigung des Friedens interessiert sind."(29) Diese Unterschiede in den Haltungen der verschiedenen imperialistischen Länder müssen bei der Festlegung der revolutionären Taktik im Kampf gegen den Krieg in Betracht gezogen werden, müssen ausgenützt werden und dabei darf keine Minute vergessen werden, daß der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen die 'eigene' imperialistische Bourgeoisie gerichtet werden muß. Die Widersprüche im Lager des Imperialismus wurden weiters gewaltig verschärft durch den Überfall des faschistischen Italien auf Abessinien im Jahr 1935.

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr stellt sich die Frage, ob er verhindert werden kann. Nachdem er dargestellt hat, daß der Krieg eine zwangsläufige Erscheinung des Kapitalismus ist, führt Ercoli aus:

„Aber wir wissen auch, daß alle Fragen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft letztlich durch den Kampf, durch den Kampf der Massen entschieden werden. An jene breiten Massen, die den Krieg nicht wollen, richten wir unseren Ruf: 'Schließen wir unsere Kräfte zusammen! Kämpfen wir gemeinsam für den Frieden! Organisieren wir die Einheitsfront aller derjenigen, die den Frieden verteidigen und erhalten wollen!'"(30) Im weiteren sagt Ercoli, daß während des imperialistischen Krieges natürlich nicht mehr für die Erhaltung des Friedens gekämpft werden kann, sondern daß die durch den Krieg erzeugte tiefe Krise und der Haß gegen die Imperialisten dazu ausgenutzt werden muß, um die proletarische Revolution zu entfesseln, daß der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umgewandelt werden muß. Was den Zusammenhang mit dem Kampf für den Frieden vor Ausbruch des Krieges betrifft, stellt er fest: „Wir verteidigen den Frieden, um die Bedingungen des Sieges der Revolution zu sichern. Wenn der Krieg morgen ausbricht, werden wir mit der größten Entschlossenheit den Kampf aufnehmen und uns mit allen Kräften schlagen, in dem Bewußtsein, daß das ein Kampf auf Leben und Tod zwischen uns und der Bourgeoisie sein wird."(31)

„Indem wir für den Frieden kämpfen, sind wir zugleich die besten Verteidiger der Sowjetunion. Es kann für niemanden ein Zweifel darüber bestehen, daß der kommende Krieg, selbst wenn er als Krieg zwischen zwei imperialistischen Großmächten oder als ein Krieg irgendeiner Großmacht gegen ein kleines Land beginnt, zwangsläufig die Tendenz haben wird, sich zu verbreitern, und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetunion hinauslaufen wird."(32)

Nachdem er in seinem Referat nun die Außenpolitik der Sowjetunion als Friedenspolitik behandelt, einige Probleme des Kampfs für den Frieden und die Aufgaben der Kommunisten in bezug auf die Armee dargestellt hat, faßt er zusammen: Der kommende Krieg wird ein imperialistischer Krieg sein und sein Ausbruch wird das Einsetzen einer revolutionären Krise bedeuten, was zur Durchführung der proletarischen Revolution ausgenützt werden muß, nach dem Beispiel der Bolschewiki unter Lenin im 1. Weltkrieg. Er ruft dazu auf, das jetzt schon vorzubereiten und geißelt die Sozialchauvinisten, die sich als Kommunisten tarnen, scharf als Verbrecher gegenüber der Arbeiterklasse.

Für den Fall eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion stellt er fest, daß dann „die Kommunisten alle Werktätigen aufrufen sollen, 'mit allen Mitteln und um jeden Preis den Sieg der Roten Armee über die imperialistischen Armeen' herbeiführen zu helfen."(33)

Der Kongreß beschließt eine Resolution zum Bericht Ercolis, der all diese Punkte umfaßt.

Die Linie, die der VII. Weltkongreß in bezug auf den Kampf gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitungen festgelegt hat, findet sich in allen darauffolgenden Publikationen der Komintern und Schriften ihres Generalsekretärs Dimitroff. Die Sektionen der Komintern entfalteten auf dieser Linie ihre Politik. Diese Linie wurde jedoch nicht immer ohne Schwankungen verfolgt und öfters mußten opportunistische Fehler korrigiert werden.

Die Hauptaufgabe, die der VII. Weltkongreß den Kommunistischen Parteien, den revolutionären Arbeitern, den Werktätigen, den Bauern, den unterdrückten Völkern der Welt gestellt hatte, war der Kampf für den Frieden und zur Verteidigung der Sowjetunion. Die zentrale Losung der Kommunistischen Parteien lautete: Kampf für den Frieden! Davon ließ sich auch die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik leiten, die unter Ausnutzung der Widersprüche der verschiedenen imperialistischen Mächte untereinander mit England und Frankreich eine gemeinsame Front gegen die Achsenmächte zu bilden versuchte. Die Möglichkeit einer solchen Friedenspolitik der Sowjetunion ergab sich aus dem zeitweiligen Zusammenfallen der Interessen der Sowjetunion mit denen der verschiedenen imperialistischen Länder an der vorübergehenden Erhaltung des Friedens. Kampf für den Frieden bedeutete, eine breite Kampffront gegen die Hauptkriegstreiber zu schaffen, den entschlossenen Kampf gegen den Faschismus zu führen, denn Faschismus bedeutet Krieg.

In Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses schrieb Dimitroff 1936: „Was nottut, ist eine solche Einheitsfront des Friedens, die nicht nur die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die werktätige Intelligenz und die andern Werktätigen umfaßt, sondern auch die unterdrückten Nationen und Völker derjenigen Länder, deren Unabhängigkeit von den Kriegstreibern bedroht wird.... Über die Kriegstreiber muß durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen ein regelrechte Belagerungszustand verhängt werden. Es muß ihnen so zugesetzt werden, daß sie die Lust verlieren, ihre verbrecherischen Pläne in die Tat umzusetzen....Ein erfolgreicher Kampf für die Erhaltung des Friedens erheischt, daß die gemeinsamen Aktionen des Proletariats und der breitesten Volksmassen unbedingt gegen die konkreten Träger des Krieges und gegen diejenigen Kräfte innerhalb des Landes gerichtet werden, die ihnen direkt oder indirekt Vorschub leisten."(34)

(29) ebenda, S. 768
(30) ebenda, S. 773 f.
(31) ebenda, S. 775
(32) ebenda, S. 776
(33) ebenda, S. 803

Der Krieg wird unmittelbar vorbereitet

Die zweite Hälfte der 30er-Jahre stellt den Vorabend des 2. Weltkrieges dar. In den kapitalistischen Ländern tobte eine neue Wirtschaftskrise, wovon hauptsächlich die USA, England und Frankreich betroffen waren. Einzig in Deutschland machte die Wirtschaft eine Aufwärtsentwicklung durch - infolge der fieberhaften Aufrüstung. Die expansiven und aggressiven Bestrebungen des Hitlerfaschismus traten immer deutlicher hervor. Es bildete sich der „Block der drei aggressiven Staaten", wie es Stalin nannte, heraus - Deutschland, Italien, Japan.

Im Stillen hatte der 2. Imperialistische Weltkrieg schon begonnen:

- 1935 überfiel Italien Abessinien und annektierte es; dies war nicht nur ein Schlag gegen Abessinien sondern vor allem auch gegen England, gegen die Seewege Englands nach Asien - „Somit wurde an den kürzesten Seewegen von Europa nach Asien ein neuer Knoten des Krieges geschürzt."(35)
- 1936 organisierten Deutschland und Italien die militärische Intervention in Spanien - damit erhielten sie die Möglichkeit, ihre Truppen im Rücken Frankreichs aufmarschieren zu lassen sowie ihre Flotte in die spanischen Gewässer, in das Gebiet der Balearischen Inseln und Gibraltars im Süden, in das Gebiet des Atlantischen Ozeans im Westen, in das Gebiet des Golfs von Biskaya im Norden zu entsenden.

1938 annektierten die deutschen Faschisten Österreich und das Sudetengebiet der Tschechoslowakei - das zielte darauf ab, auf dem Festland die herrschende Stellung einzunehmen und war somit ein Schlag gegen die Interessen Frankreichs und Englands.

„Somit wurden im Süden Europas, im Raumgebiet Österreichs und der Adria sowie im äußersten Westen Europas, in Spanien und den spanischen Gewässern, neue Knoten des Krieges geschürzt."(36)

- 1937 brach Japan nach der Annexion der Mandschurei in Nord- und Zentralchina ein, besetzte Peking, Tientsin, Schanghai; 1938

(34) Dimitroff, S. 219 f.
(35) Geschichte der KPdSU(B) - (Kurzer Lehrgang), S. 401
(36) ebenda, S. 402

bemächtigte sich Japan der Provinz Kanton und der Insel Hainan Anfang 1939 - „Somit wurde am Stillen Ozean, in China, noch ein Knoten des Krieges geschürzt."(37)

„Der Krieg spielt sich in dem gewaltigen Raum von Gibraltar bis Schanghai ab. Schon heute sind mehr als eine halbe Milliarde Menschen in den Krieg hineingerissen. Der Krieg ist im letzten Grunde gegen die kapitalistischen Interessen Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten gerichtet, da er die Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären zugunsten der aggressiven Länder und auf Kosten dieser sogenannten demokratischen Staaten zum Ziel hat."(38)

Die „Münchentaktik"

Aber wenn auch die aggressiven imperialistischen Pläne der „Achse Berlin-Rom-Tokio" offensichtlich waren und auf eine Neuaufteilung der Welt zuungunsten der englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten abzielten, so setzten diese letzteren, die sogenannten „nichtaggressiven" Staaten, dem keinen Widerstand entgegen, ja im Gegenteil leisteten sie den Faschistenstaaten direkte Unterstützung. „Mit Beginn der Machtübernahme durch den Faschismus förderten sie die Wiederaufrüstung Deutschlands und die aggressive Hitlersche Außenpolitik in dem Bestreben, die deutsche Aggression gegen die Sowjetunion zu lenken....Die Westmächte übten in jeder Weise Nachsicht gegenüber der Hitlerdiplomatie und unterstützten sie im Kampf gegen die sowjetische Friedenspolitik. Sie halfen den Hitlerfaschisten, mächtige Streitkräfte zu schaffen und Verträge zu brechen- sie liehen ihnen umfangreiche Mittel, überließen ihnen Rohstoffe, Materialien, Patente usw."(39) Diese Politik wurde als „Münchner Befriedungspolitik", als „Münchenpolitik", „Münchentaktik" bezeichnet, denn sie fand ihren krassesten und bezeichnendsten Ausdruck im „Münchner Abkommen" im Jahre 1938. Dieses Abkommen wurde zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier geschlossen, den Staatsoberhäuptern Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs. „Die regierenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs überließen Hitlerdeutschland die Tschechoslowakei als Preis für die Verpflichtung der deutschen Imperialisten, die UdSSR zu überfallen."(40) Dieses Abkommen trug wesentlich zur Entfesselung des 2.-Weltkrieges bei.

Die Ergebnisse der damit entstandenen internationalen Lage analysierend, schrieb Dimitroff: „Angesichts der nach München entstandenen internationalen Lage stehen die Arbeiterklasse und die Werktätigen aller Länder unmittelbar vor politischen Aufgaben von gewaltiger Bedeutung. Diese Aufgaben lassen sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:

die Politik der räuberischen Abmachungen zwischen den faschistischen Aggressoren und den imperialistischen Cliquen Englands und Frankreichs zu sprengen;

der in den Ländern der bürgerlichen Demokratie das Haupt erhebenden Reaktion, die gegen die sozialen Errungenschaften der Werktätigen, gegen die demokratischen Freiheiten, gegen die Arbeiterbewegung gerichtet ist, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen;

den Sieg des spanischen und chinesischen Volkes über die faschistischen Räuber zu sichern;

das tschechoslowakische Volk und die Völker der kleinen Länder gegen die fremdländische Versklavung zu verteidigen;

der Arbeiterklasse und den Völkern der faschistischen Länder in ihrem Kampfe gegen die Diktatur der faschistischen Gangster und Kriegsbrandstifter allseitige Hilfe zu erweisen."(41)

Die „Münchner" verkauften den Volksmassen in ihren Ländern, die große Besorgnis und Haß gegen den Krieg hegten, ihre Befriedungspolitik als großartige Beiträge zur Erhaltung des Friedens. Ihre Politik war aber nackte imperialistische Berechnung.

Dieses besondere Merkmal des neuen imperialistischen Krieges analysierte Stalin im Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU (1939): „Wodurch ist dieser einseitige und seltsame Charakter des neuen imperialistischen Krieges zu erklären?....Ist dies etwa durch die Schwäche der nichtaggressiven Staaten zu erklären? Natürlich nicht! Die nichtaggressiven demokratischen Staaten sind zusammen unzweifelhaft stärker als die faschistischen Staaten, sowohl in ökonomischer als auch in militärischer Hinsicht....Man könnte dies zum Beispiel mit der Furcht vor der Revolution erklären, die ausbrechen könnte, wenn die nichtaggressiven Staaten in den Krieg eintreten und der Krieg zu einem Weltkrieg wird....Aber das ist zur Zeit nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste Ursache. Die wichtigste Ursache besteht darin, daß sich die meisten nichtaggressiven Länder und vor allem England und Frankreich von der Politik der kollektiven Sicherheit, von der Politik der kollektiven Abwehr der Aggressoren losgesagt haben, daß sie die Politik der Nichteinmischung, die Position der 'Neutralität' bezogen haben....In Wirklichkeit bedeutet....die Politik der Nichteinmischung eine Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht zu hindern, zum Beispiel Japan nicht zu hindern, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion, einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstrikken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im Stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, daß sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und, natürlich, 'im Interesse des Friedens' aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren."(42)

Es war kühle Berechnung - aber die Rechnung ging nicht auf

Die Münchentaktik der westlichen Imperialisten war von vornherein illusionär. Die Hitlerfaschisten mußten sich, um überhaupt einen Angriff auf die Sowjetunion wagen zu können, den sie natürlich im Sinne hatten, ausreichender Naturreichtümmer und Industriepotenz versichern. Die gab es nur in Westeuropa für sie, die Schwerindustrie Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, die Naturreichtümer Nordeuropas. Umgekehrt beabsichtigten sie, sich der industrialisierten Teile der Sowjetunion zu bemächtigen, bevor sie sich auf den endgültigen Hegemoniekampf mit den USA einließen, die ihnen Japan einstweilen vom Leibe halten sollte. Für Hitlerdeutschland war es außerdem klar, daß ein Angriff auf die Sowjetunion nur möglich sei, wenn in seinem Westen kein Gegner mehr in Europa stehe. Daher mußte Hitlerdeutschland zuerst im Westen Krieg führen. Stalin stellte dazu fest:

„Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block....

Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um ihre Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus."(43)

Die Sowjetunion mußte angesichts der durch die Münchenpolitik geschaffenen Lage die Konsequenzen für ihre Außenpolitik ziehen: „sie akzeptierte einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, der ihr die Zeit gab, ihre Verteidigungsstärke gegen Deutschland auszubauen, die Westukraine und Westbjelorußland mit der Ukraine und Bjelorußland zu vereinigen und die Grenzen gegen Finnland und Rumänien zu verstärken. In Erklärungen Molotows und Woroschilows ist es klar zum Ausdruck gekommen, daß dieser Nichtangriffspakt erst abgeschlossen wurde, als eindeutig feststand, daß die 'Münchener' nicht den Frieden mit der Sowjetunion, sondern den Krieg gegen die Sowjetunion organisieren wollten."(44)

(37) ebenda, S. 403
(38) ebenda, S. 403
(39) Geschichte Deutschlands, Nachdruck aus: Große Sowjet-Enzyklopädie 1952, Internationaler Buch + Platten Verlag + Vertrieb, S. 99f.
(40) ebenda, S. 101
(41) Dimitroff, S. 366 f.
(42) Stalin, Fragen des Leninismus, S. 687 f.
(43) Stalin, Ökonom. Probleme des Sozialismus in der UdSSR, chin. Ausgabe, S. 40 f.
(44) Franz Marek: Zur Außenpolitik der Sowjetunion, in: Weg und Ziel Nr. 6/1946, S. 331

Die 1.Etappe des II.Weltkrieges

Schließlich brach der 2.Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen und der Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland offen aus. In dem Artikel „Der Krieg und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder" (1939) gab Dimitroff folgende Einschätzung des Krieges:

„Der gegenwärtige Krieg ist seinem Charakter und seinem Wesen nach auf beiden kriegführenden Seiten ein imperialistischer ungerechter Krieg, ungeachtet der betrügerischen Losungen, mit denen die herrschenden Klassen der kriegführenden kapitalistischen Staaten seine wahren Ziele vor den Volksmassen zu verbergen suchen. Der Charakter eines Krieges hängt - wie Lenin lehrte - 'nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der Feind steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird.' Der Krieg wird heute ebenso wie im Jahre 1914 von der imperialistischen Bourgeoisie geführt. Dieser Krieg ist die direkte Fortsetzung des Kampfes zwischen den kapitalistischen Mächten um eine Neuaufteilung der Welt, um die Herrschaft über die Welt....Wurden die genannten europäischen Staaten früher in aggressive und nichtaggressive geteilt,....so entspricht diese Teilung jetzt bereits nicht mehr der Wirklichkeit. Dieser Unterschied ist verschwunden. Mehr als das: Gerade die englischen und französischen Imperialisten treten jetzt in der Rolle der eifrigsten Anhänger der Fortführung und weiteren Schürung des Krieges auf....Für die Arbeiterklasse gibt es nur eine einzige richtige Stellungnahme - das ist der unversöhnliche mutige Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Kampf gegen die Schuldigen und die Verfechter dieses Krieges vor allem in ihrem eigenen Lande, für die Beendigung dieses Raubkrieges....Die Arbeiterklasse ist berufen, diesem Krieg auf ihre Art, in ihrem Interesse, im Interesse der gesamten werktätigen Menschheit ein Ende zu machen und damit die Grundursachen, die imperialistische Kriege hervorbringen, für immer zu beseitigen."(45)

Diese Charakterisierung des Krieges blieb bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion und Bildung der Antihitler-Koalition gültig. Auch Mao Tsetung stand auf dieser Einschätzung: „Der jetzt ausgebrochene Krieg ist sowohl von Seiten Englands und Frankreichs als auch von Seiten Deutschlands ein ungerechter, ein räuberischer, ein imperialistischer Krieg."(46)

In dieser 1.Etappe des 2.Weltkrieges gelang es den faschistischen Truppen infolge ihrer „Blitzkriegstrategie" und ihres militärischen Gewichts, große Teile des europäischen Festlands zu besetzen (bis zum Juni 1941 hatten sie neben Österreich und der Tschechoslowakei, Polen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Dänemark, Norwegen, die Balkanländer und Griechenland erobert). Neben dem Luft- und Seekrieg gegen England fanden starke Kampfhandlungen in Nordafrika statt, wo es neben der Vertreibung Englands und der Sicherung der Südflanke vor allem um die reichen Bodenschätze (Erdöl!) ging.

Die „Münchner" führten ihre Politik im sogenannten „seltsamen Krieg" fort, bis diese „Münchner Regierungen" schließlich zum Teufel gehen mußten. So sagte der nazistische Kriegsverbrecher Keitel später auf der Nürnberger Anklagebank aus: „Wir waren überrascht, daß es während des Feldzugs gegen Polen im Westen nur zu Geplänkeln kam und daß kein Angriff auf den Westwall erfolgte. Wenn die Franzosen während des polnischen Feldzugs angegriffen hätten, wären sie praktisch auf keine deutsche Gegenwehr gestoßen. Wir haben nicht begriffen, daß man diese Chance nicht ausnützte, und dies bestärkte unsere Ansicht, daß die Westmächte den Krieg gegen uns nicht wollten."(47) Und der englische Minister Brabazon sprach sogar noch am 31.Juli 1941 die Hoffnung aus, „die russische und die deutsche Armee werden sich gegenseitig vernichten und das britische Empire wird indessen die Luftwaffe und die andern Waffen entwickeln, um nach der gegenseitigen Vernichtung von Rußland und Deutschland die beherrschende Macht in Europa zu werden"(48).

(45) Dimitroff, S. 396 - 410
(46) Mao Tsetung, Ausgewählte Werke Bd. II, S. 322
(47) zit. nach Weg und Ziel 6/1946, S. 331
(48) zit. nach Weg und Ziel 6/1946, S. 331

Der Antifaschistische Krieg

Der 2.Weltkrieg, der als imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt begonnen hatte, besaß Elemente eines antifaschistischen Krieges durch den nationalen Befreiungskampf der Völker in den besetzten Ländern. 1941, als Hitler die Sowjetunion überfiel, und sich diese unter Führung Stalins zum Großen Vaterländischen Krieg erhob und einen gerechten Verteidigungskrieg führte, änderte sich der Charakter des 2.Weltkrieges. „Dieser gerechte Krieg leitete eine neue Etappe des 2.Weltkrieges ein, verstärkte den antifaschistischen Block und legte das Fundament für die Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte der Welt."(49) Der bestimmende Faktor war jetzt der konterrevolutionäre Klassenkrieg der Bourgeoisie gegen das Proletariat, das Ziel, die proletarische Diktatur, den ersten sozialistischen Staat der Erde, niederzuwerfen. Mao Tsetung schrieb:

„Der heilige Widerstandskrieg der Sowjetunion gegen die faschistische Aggression dient nicht nur ihrer eigenen Verteidigung, sondern auch der Verteidigung aller Nationen, die den Befreiungskampf gegen die faschistische Unterjochung führen. Die Aufgabe der Kommunisten in der ganzen Welt besteht jetzt darin, alle Völker zur Schaffung einer internationalen Einheitsfront zu mobilisieren, um gegen den Faschismus und für die Verteidigung der Sowjetunion, die Verteidigung Chinas, die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen zu kämpfen."(50)

Die imperialistischen Regierungen der USA und Großbritanniens waren gezwungen, ein Militärbündnis mit der Sowjetunion einzugehen und ihre Kriegsführung zu unterstützen.

„Angesichts eines so gefährlichen Gegners wie Hitlerdeutschland und unter dem wachsenden Druck ihrer Völker, welche eine antifaschistische Koalition forderten, schlossen die Regierungen der beiden größten kapitalistischen Machte, Englands und der USA, eine Allianz mit der Sowjetunion. Dadurch scheiterte der Plan Hitlers, das Land der Sowjets zu isolieren. Die Hauptstütze dieser großen antifaschistischen Koalition war die Sowjetunion, ohne die es keinen Sieg über den Feind geben konnte."(51)

Aber deswegen hatten die britischen und amerikanischen Imperialisten ihre alten Pläne noch lange nicht aufgegeben. Hatten sie 1942 die Eröffnung der zweiten Front versprochen, so sabotierten sie dies, solange sie konnten, zögerten es hinaus und eröffneten diese erst im Juni 1942. Ebenso hielten sie sich in engen Grenzen, was Hilfeleistungen an die Sowjetunion betrifft.

Unter den wuchtigen Schlägen der Sowjetarmee erlitten die faschistischen Truppen entscheidende Niederlagen. „Die Stalingrader Schlacht brachte den Umschwung im Verlauf des gesamten zweiten Weltkrieges. Nach der Schlacht von Stalingrad konnte sich die deutsch-faschistische Armee nicht mehr erholen. Am 12.Juli 1943 ging die Sowjetunion im Raum von Kursk zur Gegenoffensive über. 'War die Schlacht von Stalingrad ein Vorbote des Untergangs der faschistischen deutschen Armee, so führte die Schlacht von Kursk sie vor die Katastrophe.' (Stalin)....Die welthistorischen Siege der Sowjetarmee führten Hitlerdeutschland vor den unvermeidlichen Zusammenbruch....Am 8.Mai 1945 kapitulierte Hitlerdeutschland bedingungslos. So endete der Krieg, in den die Faschisten Deutschland gestürzt hatten, mit der völligen Niederwerfung Deutschlands."(52)

(49) Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, S. 91
(50) Mao Tsetung, Ausgewählte Werke Bd. III, S. 27
(51) Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, S. 92
(52) Geschichte Deutschlands, S. 103 f.

Die Politik der Kommunistischen Parteien - einige Beispiele

Deutschland

Die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen erforderten den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte zum Sturz des Faschismus und Verhinderung des Krieges. Die zentrale Aufgabe war die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter und die Schaffung der proletarischen Einheitsfront, auf dessen Grundlage eine breite antifaschistische Volksfront geschaffen werden mußte. „Denn der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, die selbst in den industriell entwickelten Ländern die Mehrheit der Bevölkerung bilden."(53) Davon ließ sich die KPD leiten, indem sie sich verstärkt bemühte, den antifaschistischen Kampf gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu führen. Wenngleich sie dabei an der Basis, in den Betrieben große Erfolge erzielen konnte, gelang es aber nicht, die Führung der Sozialdemokratie zur Einheitsfront zu zwingen. Ein Meilenstein im Kampf der KPD war die Berner Konferenz 1939, die als wichtigste Aufgabe den Kampf gegen den drohenden Krieg bezeichnete, und sollte er dennoch ausbrechen, die schnellste Beendigung durch den Sturz des Hitlerfaschismus. Als Hauptkettenglied dafür legte die Konferenz die Herstellung der Einheitsfront und Volksfront fest. Um den Zusammenschluß aller Hitlergegner zu erleichtern, erarbeitete die Konferenz das „Programm der demokratischen Republik", das ein klares Ziel wies - eine Volksfrontregierung unter Führung der Arbeiterklasse. Besondere Bedeutung maß die Konferenz der Haltung zur Sowjetunion bei. In der Resolution hieß es: „Das deutsche Volk darf sich niemals dazu hergeben, gegen die sozialistische Sowjetunion zu kämpfen. Im Kriegsfalle muß und wird es alle Mittel anwenden, um durch seine selbständige Aktion, im Bündnis mit der Roten Armee den Faschismus zu stürzen.(54)

Die durch den Hitlerfaschismus geschaffene „Neuordnung" Europas durch die Besetzung mehrerer Länder führte zu großen antifaschistischen und antiimperialistischen Kämpfen des Proletariats und der Völker in diesen Ländern. Trotz der Gemeinsamkeiten dieses Kampfes in den verschiedenen Ländern gab es aber auch große Unterschiede infolge der verschiedenen Bedingungen.

Albanien

1939, als es von den italienischen Faschisten besetzt wurde, war es ein halbfeudales Land und wurde von faschistischen Marionetten („Quislingen") regiert. Das albanische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Albaniens (KPA, später in Partei der Arbeit Albaniens, PAA, umbenannt), die 1941 gegründet wurde, nahm den Kampf für die Unabhängigkeit auf. Als strategisches Ziel des Kampfes wurde festgestellt: „Für die nationale Unabhängigkeit des albanischen Volkes und für eine demokratische Volksregierung in einem Albanien ohne Faschismus zu kämpfen."(55) Dieses strategische Ziel wurde auf Grund des damaligen Hauptwiderspruches zwischen Volk und faschistischen Besatzern festgelegt. Daher bestand auch die Möglichkeit, Teile der Bourgeoisie in den Kampf gegen die Okkupanten einzubeziehen. Dem trug die KPA Rechnung durch die Schaffung der Nationalen Befreiungsfront. Als 1941 mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion der antifaschistische Weltkrieg einsetzte, wurde der nationale Befreiungskampf des albanischen Volkes zum Bestandteil des antifaschistischen Weltkrieges. „Die KPA hatte erkannt, daß ein rascher und vollständiger Sieg über die Besatzer in Albanien nicht erreicht werden konnte, ohne den Faschismus auch weltweit zu schlagen. Deshalb betrachtete sie die internationale Solidarität und gegenseitige Hilfe zwischen dem gegen die italienischen Faschisten kämpfenden albanischen Volk und den Staaten der antifaschistischen Weltkoalition als notwendige Bedingung, um einen raschen Sieg über die faschistischen Aggressorenstaaten zu erlangen. Die KPA verband bereits von Anfang an den antifaschistischen Kampf des albanischen Volkes mit dem antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker und Staaten der antifaschistischen Koalition, und sie verpflichtete sich vor aller Welt, gegen die faschistischen Aggressoren bis zum Schluß und vorbehaltlos zu kämpfen, um ihren Beitrag in dem gemeinsamen Kampf zur Zerschlagung des Faschismus zu leisten."(56)

(53) Dimitroff, S. 120
(54) Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1954, S. 386
(55) Geschichte der PAA, S. 104

Tschechoslowakei

Bereits der VII. Weltkongreß hatte festgestellt: „Die abenteuerlichen Pläne der deutschen Faschisten gehen äußerst weit und sind auf einen Revanchekrieg gegen Frankreich, auf die Aufteilung der Tschechoslowakei, die Annexion Österreichs, die Vernichtung der Selbständigkeit der baltischen Länder, die sie in ein Aufmarschgebiet für einen Überfall auf die Sowjetunion verwandeln wollen....-berechnet."(57) Genau das war auch eingetreten. Die Tschechoslowakei spielte in den Plänen Hitlers eine große Rolle. Für die tschechoslowakischen Kommunisten stellte sich die Frage, welche Aufgaben sich aus der Bedrohung der Selbständigkeit der Tschechoslowakei ergaben. Der Delegierte Sverma führte dazu auf dem VII. Weltkongreß aus: „Es ist schon heute klar: Der Angriff des Hitler-Imperialismus gegen die Tschechoslowakei kann in der gegebenen Situation nur ein imperialistischer Angriffskrieg sein: ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt, ein Krieg um die Vernichtung der Selbständigkeit der tschechischen Nation, ein Krieg, der alle Nationen der Tschechoslowakei der faschistischen Diktatur Hitlers unterordnen soll *Die Verteidigung der Tschechoslowakei gegen den Hitlerfaschismus wäre in der gegebenen Situation ein gerechter Krieg,* denn es wäre ein Verteidigungskrieg, der an der Seite der Sowjetunion gegen den Hauptvertreter der faschistischen Konterrevolution geführt wird." (58) Angesichts der konkreten Lage in Europa, der durch die Münchner Verschwörung entstandenen Situation, der Kriegspläne der Achsenmächte, war die Verteidigung der Tschechoslowakei von großer Bedeutung im Kampf gegen den Krieg. Diese Politik mußte im Kampf gegen die Henlein-Faschisten, die das Land für Hitler sturmreif machen wollten und gegen die Bourgeoisie, die eine reaktionäre Kapitulationspolitik verfolgte, durchgesetzt werden. Unter Führung der Kommunistischen Partei entwickelte sich eine starke antifaschistische patriotische Bewegung, die eine Teilmobilmachung durchsetzte. Diese Politk stand in vollständiger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses. Sie stand insbesondere auch in völliger Übereinstimmung damit, was Dimitroff in dem Artikel „Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden" 1936 geschrieben hatte: „Die Kommunisten unterstreichen, daß nur die proletarische Macht imstande ist, eine wirksame Verteidigung des Landes und seiner Unabhängigkeit zu gewährleisten, wie dies das Beispiel der Sowjetunion anschaulich zeigt. Doch in der Situation einer unmittelbaren Kriegsgefahr seitens eines faschistischen Aggressors gehen sie darauf aus, eine Volksfrontregierung zu schaffen: eine solche Regierung, die entschlossen gegen den Faschismus und die reaktionären Elemente im Lande, gegen die Agenten und Helfer der Friedensstörer einschritte und die Kontrolle der organisierten Massen über die Landesverteidigung sicherte, würde damit die Wehrfähigkeit des Volkes gegen den faschistischen Aggressor heben."(59)

Österreich

Der Zerschlagung der Tschechoslowakei war die Annexion Österreichs im selben Jahr vorangegangen. Dazu hatten die Westmächte im Sinne ihrer „Münchenpolitik" dieselbe Haltung wie zur Tschechoslowakei eingenommen. Die KPD trat für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Nation ein.

Nach dem Machtantritt Hitlers in Deutschland war die Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs immer mehr in den Vordergrund getreten. 1934 hatte Koplenig auf dem 12. Parteitag bereits erklärt: „Mit dem Sieg Hitlers in Deutschland ist der Kampf um die Beherrschung Österreichs offen entbrannt."(60) Die KPÖ konzentrierte nun ihren Kampf auf die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs. „Wenn und insoweit die äußeren und inneren Feinde des Volkes die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation bedrohen, erhebt sich die Arbeiterklasse zur Verteidigung der nationalen Freiheitsrechte, durch deren Verlauf der proletarische Klassenkampf sich unermeßlich schwieriger gestaltet. Die Arbeiterklasse verteidigt jene nationalen Interessen, die zu ihren eigenen Interessen nicht im Widerspruch stehen....Unter allen Umständen sind die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse allen

(56) Radio Tirana vom 28.9.1976, in: Ausgewählte Sendungen, Nr. 20/1976, S. 15
(57) Protokoll des VII. Weltkongresses..., S. 998
(58) ebenda, S. 847 f.
(59) Dimitroff, S. 222
(60) Johann Koplenig, Reden und Aufsätze 1924 - 1950, S. 65

andern Interessen übergeordnet."(61)

Bereits lange vor der direkten Annexion an Deutschland war Österreichs Unabhängigkeit durch das Eindringen des deutschen Finanzkapitals unterhöhlt worden, ein Faktor, der für die Schwäche des österreichischen Faschismus von großer Bedeutung war. Genosse Koplenig führte dazu in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß aus: „Dazu kommt, daß die Spaltung des Faschismus sich auch auf die führenden Kreise der Wirtschaft auswirkt. Die Sabotage eines Teils des Industriellenverbandes, der nationalsozialistisch orientiert ist, sowie der noch immer im wesentlichen ungebrochene Widerstand der unter dem führenden Einfluß des deutschen Kapitals stehenden Schwerindustrie erhöhen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des österreichischen Faschismus."(62)

Auf ihrer Reichskonferenz im Jahre 1937 legte die KPÖ ihre Linie für die entscheidende Phase des Kampfes zur Verteidigung Österreichs fest. Sie erklärte, daß angesichts der Hauptgefahr eines hitlerfaschistischen Überfalls und der Annexion Österreichs die gesamte Tätigkeit der Partei dem Kampf gegen die Agenten des deutschen Faschismus, gegen den Nationalsozialismus, dem Kampf für die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs untergeordnet werden müsse. „Die Partei gab sich Rechenschaft darüber, daß dieser Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn er nicht allein vom fortschrittlichen Teil der Arbeiterklasse, sondern von den breiten Volksmassen geführt wird; wenn er als nationaler Freiheitskampf geführt wird; wenn es gelingt, in dieser Frage eine breite Front, eine Volksfront, zu schaffen, die weit über den Rahmen des fortschrittlichen Teils der Arbeiterklasse hinausgeht. Wir waren damals bestrebt, einen Zusammenschluß . aller antihitlerisch eingestellten Österreicher und aller demokratischen Kräfte, die bereit waren, dem Faschismus Widerstand zu leisten, zu erreichen."(63)

Nachdem Schuschnigg in Berchtesgaden Österreich an die Nazis verkauft hatte, entstand eine gewaltige, immer kraftvoller anwachsende patriotische Bewegung. „Schon zwei Tage nach der Rückkehr Schuschniggs aus Berchtesgaden ließen die Vertrauensleute der Arbeiter in den Betrieben und den Büros Resolutionen kursieren, die ausdrückten, daß die Arbeiterschaft gewillt sei,'....jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreichs aufzunehmen, in dem sie selbst frei und unabhängig ist, und sich mit allen zusammenzuschließen, die gleich ihr ehrlich auf diesem Boden stehen.' Binnen 48 Stunden waren diese Entschließungen von mehr als einer Million Arbeitern und Angestellten unterzeichnet. Die österreichtreue Bevölkerung ging auf die Straßen und drängte die provozierenden Nazi zurück. Von der Arbeiterschaft ins Leben gerufen und geführt, wuchs in kurzer Zeit eine Volksbewegung zur Verteidigung Österreichs heran." (64) Demgegenüber zeigten die Sozialdemokraten ein weiteres Mal ihre reaktionäre Fratze: Renner begrüßte 'freudigen Herzens' den Anschluß und die Führung in der Emigration schrieb, daß Österreich nun eben gewesen ist und „der Versuch der Wiederherstellung eines österreichischen Staatswesens eine kindliche Spielerei" wäre.(65) Die KPÖ stellte sich an die Spitze des bewaffneten antifaschistischen Kampfes um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit. Als die Nazis einmarschierten, gab das Zentralkomitee der KPÖ einen Aufruf heraus, in dem es hieß: „Volk von Österreich! Wehre dich, leiste Widerstand den fremden Eindringlingen und ihren Agenten....Zusammenstehen gegen Hitler, zusammenstehen, um Hitlers Soldateska aus Österreich wieder hinauszujagen....Das österreichische Volk wird nie und nimmer diese Fremdherrschaft, aufgerichtet unter Bajonetten und dem Terror, anerkennen. Das österreichische Volk steht mit tödlichem Haß den faschistischen Tyrannen gegenüber.... Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstehen."(66)

Frankreich

Als im Jahre 1940 der Krieg zwischen Frankreich und Hitlerdeutschland, dessen Armee im Mai angriff, entbrannte, war dies ein imperialistischer, auf beiden Seiten ungerechter Krieg, ein Krieg um die imperialistische Weltherrschaft zwischen dem deutschen Imperialismus einerseits und dem französischen und englischen andrerseits. Dementsprechend entlarvte die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) diesen verbrecherischen Charakter des Krieges und betrieb eine revolutionär-defaitistische Propaganda unter der Parole 'Nieder mit dem imperialistischen Kriege!'. 1939 desertierte der Generalsekretär der KPF, Thorez, aus der französischen Armee, um den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu organisieren und in einem Leitartikel in den „Cahiers du bolchevisme", dem theoretischen Organ der KPF, hieß es: „Das französische Volk hat nicht für die Interessenskonflikte zwischen den Kapitalisten von London, Paris und Berlin aufzukommen."(67) Aber schon zwei Monate nach Kriegsbeginn war dieser zu Ende, die französische Regierung geflohen, die nördliche Hälfte Frankreichs okkupiert, die französische Armee existierte nicht mehr, die französische imperialistische Bourgeoisie - vor der Niederlage einer Großmacht - lag geschlagen am Boden und verfügte nicht mehr über die politische Macht, die in den Händen der Hitlerfaschisten und der Petain-Marionetten lag. Ein Teil der Bourgeoisie bildete unter De Gaulle eine Exilregierung und kämpfte gegen die deutschen Besatzer. Für die französische Arbeiterklasse und die Werktätigen begann die Période des antifaschistischen Befreiungskampfes. Es wurde die Resistance gebildet. Die KPF setzte sich schließlich an die Spitze des Widerstandes und Kampfes für die Unabhängigkeit.

Großbritannien und USA

Die englische Kommunistische Partei und die der USA kämpften bis zum Beginn des Antifaschistischen Befreiungskampfes gegen den imperialistischen Krieg und entlarvten die imperialistischen Kriegsziele 'ihrer' Bourgeoisien und die Lügen von den angeblichen 'antifaschistischen' Zielen ihrer Regierungen. Sie verbreiterten ihren Einfluß beträchtlich.

Mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion standen aber neue andere Aufgaben, die sehr kompliziert waren, vor ihnen: Sie mußten ihre Regierungen zwingen, der Sowjetunion und den kämpfenden Völkern in den besetzten Ländern die größtmögliche Unterstützung zu geben und sie aber gleichzeitig an imperialistischen Annexionen hindern, vor allem aber sie hindern, sich mit den Achsenmächten gegen die Sowjetunion zu verbünden. „Vor allem warnte sie (die KPdUSA) vor der Gefahr eines neuen Münchens zwecks Umwandlung des Krieges in einen Krieg der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion."(68)

Die Resultate des 2.Weltkrieges

Auf dem XIX.Parteitag der KPdSU (1952) stellte Genosse Malenkow im Rechenschaftsbericht fest: „Der zweite Weltkrieg hat das Leben vieler Völker und Staaten bis auf die Grundfesten erschüttert und das Antlitz der Welt verändert. Der von den Kräften der internationalen imperialistischen Reaktion vorbereitete und im Osten vom militaristischen Japan, im Westen von Hitlerdeutschland entfesselte Krieg machte seinen Einpeitschern einen Strich durch die Rechnung und endete dank dem heroischen Kampf des Sowjetvolkes mit Resultaten, die die Imperialisten nicht vorausgesehen hatten.

Statt Vernichtung oder Schwächung der Sowjetunion ergab sich eine Stärkung der UdSSR, die internationale Autorität der Sowjetunion ist gewachsen. Statt Schwächung und Zerschmetterung der Demokratie kam es zum Abfall einer Reihe von Ländern Mittel- und Südosteuropas vom Kapitalismus und zur Errichtung der volksdemokratischen Ordnung in diesen Ländern. Statt weiterer Unterjochung der Völker der kolonialen und abhängigen Länder kam es zu einem neuen mächtigen Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes in diesen Ländern, verschärfte sich die Krise des Kolonialsystems des Imperialismus. Ein schwerer Schlag wurde dem gesamten Weltsystem des Imperialismus durch den historischen Sieg des großen chinesischen Volkes versetzt. Jetzt ist bereits ein Drittel der Menschheit dem Joch des Imperialismus entrissen, von den Ketten der imperialistischen Ausbeutung befreit." (69)

Auch die zwischenimperialistischen Widersprüche wurden durch den 2. Weltkrieg nicht aus der Welt geschafft, im Gegenteil hat er diese noch verschärft. Denn die imperialistischen Staaten gingen aus dem 2. Weltkrieg mit ungleichen Resultaten hervor. In seinem Referat auf der Gründungskonferenz der KOMINFORM (1947) führte dazu Schdanow aus: „Auch das Antlitz der kapitalistischen Welt hat sich wesentlich geändert. Von den sechs sogenannten imperialistischen Großmächten (Deutschland,

(61) aus einem Dokument der Komintern, zit. nach Theorie und Praxis, Theoretisches Organ der KPD 2/75, S. 88
(62) Koplenig, S. 73
(63) Die Kommunisten im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, Wien 1955, S. 55
(64) Hermann Mitteräcker, Kampf und Opfer für Österreich, Wien 1963, S. 11
(65) ebenda, S. 14
(66) Die Kommunisten im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, S. 63 f.

(67) zit. nach „Sozialchauvinismus im Gewande des Marxismus-Leninismus", Berlin 1975, S. 32
(68) ebenda, S. 41
(69) G. Malenkow, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des ZK der KPdSU(B), Moskau 1952, S. 5 f.

Japan, England, die USA, Frankreich, Italien) sind drei durch ihre militärische Zertrümmerung ausgeschieden (Deutschland, Italien, Japan). Frankreich ist gleichfalls geschwächt und hat seine frühere Stellung als Großmacht verloren. So sind also nur zwei imperialistische Großmächte übriggeblieben. Doch die Stellung einer von ihnen, nämlich Englands, ist stark untergraben....Der amerikanische expansionistische Kurs geht von der Absicht aus, England nicht nur nicht aus der Umklammerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA herauszulassen, in die es während des Krieges geraten ist, sondern ganz im Gegenteil den Druck auf England zu verstärken, um ihm allmählich die Kontrolle über die Kolonien abzunehmen, England aus seiner Einflußsphäre zu verdrängen und es auf die Stellung eines Vasallenstaates herabzudrücken."

Am Krieg haben die USA profitiert und ihre wirtschaftlichen Positionen gefestigt. „Der amerikanische Imperialismus tritt heute nicht nur als internationaler Ausbeuter und Unterjocher der Völker, sondern auch als die Macht auf, die die Wirtschaft der übrigen kapitalistischen Staaten desorganisiert."(70)

Der Besitz der Atombombe und die Tatsache, daß alle andern kapitalistischen Länder Schuldner der USA geworden waren, machten diese zur alles beherrschenden imperialistischen Macht, zur Supermacht. So traten die USA in die Fußstapfen Hitlers und begannen unmittelbar nach dem Ende des Krieges ihre Vorbereitungen zum Krieg gegen die Sowjetunion, sie inszenierte die Propagandawelle des 'Kalten Krieges' gegen die Sowjetunion. Aber sie konnten nicht das Rad der Geschichte zurückdrehen und bald begann ihr Abstieg infolge der immer mehr erstarkenden Kämpfe der Völker der Welt. Der Weltimperialismus war in seinen Grundfesten erschüttert - moralisch, politisch, ökonomisch und militärisch.

Die chinesische Zeitung Renmin Ribao schrieb in dem Artikel „Die historischen Lehren des antifaschistischen Krieges":

„Der Sieg im Antifaschistischen Krieg versetzte dem internationalen Imperialismus einen schweren Schlag. Wenn die Oktoberrevolution die erste Bresche in die Front der Imperialismus geschlagen hatte, so riß der Sieg im Antifaschistischen Krieg einen ganzen Abschnitt dieser Front ein. Das Großwerden des Faschismus und die Entfesselung des Weltkrieges waren Verzweiflungsaktionen der reaktionären Kräfte des todwunden Imperialismus. Die gestiefelten faschistischen Horden überrannten Europa, Asien und Afrika, verwüsteten große Gebiete der Erde, konnten sich aber damit vor ihrem Untergang nicht retten. Der Krieg endete mit der Niederlage dreier imperialistischer Mächte Deutschlands, Italiens und Japans und mit der ernsten Schwächung zweier anderer, nämlich Englands und Frankreichs. Mit der Entfesselung des Weltkrieges näherte sich der Imperialismus um einen weiteren großen Schritt seinem Grab." (71)

D.W. (MLS Wien)

W. I. LENIN
DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS

163 Seiten Preis 13,20
Best.Nr. 1/1G-739

LENIN ÜBER KRIEG UND FRIEDEN
Drei Artikel

112 Seiten Preis 10,-
Best.Nr. 1/1g-792

ZWEI LINIEN IN DER FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN

62 Seiten Preis: 4,60
Best. Nr: 3G-573

Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.

(70) ebenda, S. 15
(71) Die historischen Lehren des Antifaschistischen Krieges, Peking 1965, S. 2

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt Heft 1/76

* Kommunistischer Bund Österreichs gegründet
  Gründungserklärung
* Die politische Lage in der Welt und in Österreich
* Die kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!

Preis: 20.-

Inhalt Heft 1/77

* Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt.
* Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (III.Teil)
* Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16.Juni!
* Südafrika: Über die Einheitsfront
* Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Preis: 20.-

Inhalt Heft 3/76

* Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil)
* Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten
* Der antifaschistische Partisanenkampf in Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Sepp Plieseis
* Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Preis: 20.-

Ebenfalls noch erhältlich:
„Kommunist 2/76" des KB Wien:

Inhalt: Preis: 25.-

* Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs
* Über die Auseinandersetzungen um die internationale Lage auf der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KB Wien
* Zur Linie der VRA im Kampf um den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs
* Politische Resolution des Partido Comunista Portugues (Reconstruido)

zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.

Preis: 25.-